

Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 Mal und ist durch die Expedition, Neue Braunstr. 5/6, und durch Postanstalt zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 2.50, pro Woche 20 Pf. Durch die Post bezogen M. 2.50, frei ins Haus M. 3.00, wo keine Post am Orte, M. 3.31.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Subscriptionen: beträgt für die einjährige Zeit 25 Pfennige, für dreimonatliche, Viertel- und Veranlagungs-Beiträge 15 Pfennige, Kundenzüge 25 Pf. Anzeiger für die nächste Nummer müssen bis Vormittag 9 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon Expedition 1206.

Nr. 163.

Breslau, Sonnabend, den 15. Juli 1911

22. Jahrgang.

Ein neues Monopol.

Die Einführung eines Petroleummonopols wird im „Berliner Tageblatt“ angekündigt. Der Reichstag von 1912 wird sich, wie es heißt, mit einem diesbezüglichen Entwurf zu befassen haben. Die Notwendigkeit der Monopolisierung wird wie folgt begründet:

Der Kampf zwischen dem amerikanischen und dem österreichischen Petroleum hat im letzten Jahre Formen angenommen, die die Reichsregierung zwingen, einzuschreiten. Die ununterbrochenen Preisunterbietungen der Rockefellergruppe bringen die Gefahr mit sich, daß sich die österreichischen Raffinerien ganz vom deutschen Markt zurückziehen und der Amerikaner das Feld überlassen. Wenn die Amerikaner diese letzte Konvention besiegelt haben, werden sie unweifelhaft dem deutschen Konsum die Preise diktiert. Um den dem deutschen Nationalvermögen drohenden Schädigungen zu begegnen, soll ein Reichsmonopol vorgeschlagen werden.

Es handelt sich bei der Frage des Petroleummonopols nicht nur um kolossale Vertriebsobjekte, sondern auch um eine wirtschaftspolitische Angelegenheit von größter grundsätzlicher Bedeutung. Entspricht das künftige Reichsmonopol der hier gegebenen Begründung, so wird man von einem „Zieg des Prinzipals“ reden dürfen, nämlich des Prinzipals sozialistischer Wirtschaftspolitik, die den Mammut-Organisationen des vertrusteten Privatkapitals die im Staat organisierte Volksmacht entgegenstellen will. Allerdings wird alles darauf ankommen, von welchem Geiste die Gesetzgebung erfüllt sein wird, die die Lösung dieser Aufgabe in die Hand nimmt. Es wird sich darum handeln, ob nur ein neues Finanzmonopol geschaffen werden soll oder ob das Monopol wirklich in einer Form errichtet wird, die den Interessen der breiten Massen dient.

Staatsmonopole sind ja an sich nichts Neues, als Mittel, frisches Geld in die Steuerkassen zu bringen, sind sie in den verschiedensten Ländern in Übung. Auch Bismarck war in diesem Sinne ein Anhänger des Monopologedankens, er wollte ein Tabak- und ein Branntweinmonopol einführen, letzteres in einer Form, die den Profitinteressen der adeligen Schnapsbrenner in gleichem Maße entgegengekommen wäre, wie den ewigen Geldbedürfnissen des Militarismus. Finanzmonopole solcher Art sind weiter nichts als eine Form der indirekten Besteuerung, und wenn etwas zu ihrem Vorteil gesagt werden kann, so ist es nur dies, daß sie immerhin den Reim zu sozialistischen Neugebaltungen in sich tragen. Auch das Verkehrsmonopol, das sich Preußen durch die Verstaatlichung der Eisenbahnen geschaffen hat, trägt von Ursprung an rein fiskalischen Charakter, und doch kann das nun einmal verstaatlichte Eisenbahnwesen später in einem demokratisch regierten von sozialistischem Geiste erfüllten Preußen zum Rückgrat einer sozialistischen, dem Wohl der arbeitenden Massen dienenden Verwaltung werden. Bei allen Monopolen kommt es darauf an, von wem der Staat regiert wird, der das Monopol verwaltet.

Das Eigenartige an dem geplanten Petroleummonopol besteht nun darin, daß es angeblich von vornherein nicht als fiskalische, sondern als wirtschaftspolitische Maßnahme gedacht ist. Nicht eine neue Steuererschneiderei soll damit beabsichtigt sein, sondern nur die Wahrung der Interessen der kleinen Verbraucher, eine Maßregel zum Schutz des deutschen Nationalvermögens. Das hört sich sehr schön an, aber ohne ein gewisses Mißtrauen wird man solchen Plänen denn doch nicht gegenüberstehen dürfen. Die Regierung des Bonapartes und der schwarz-blauen Reichsfinanzreform will die Interessen der Konsumenten schützen! Die kleinen Leute, die das Streichholz und den Glühbirnenstrumpf verteuert haben, schwärmen für billiges Petroleum! Sogar den Plan einer allgemeinen Gas- und Elektrizitätssteuer haben sie ja ertrogen, und schon damals ist hervorgehoben worden, daß eine solche Versteuerung der im Inlande herstellbaren Lichtquellen geradezu auf eine Begünstigung der ausländischkapitalistischen Petroleumherrschaft hinauslaufen würde. Eine künstliche Verteuerung auch des Petroleums durch Erhöhung des Petroleumzolls hätte sich als ergänzende Maßregel zu einer allgemeinen Besteuerung der Lichtquellen beinahe von selbst ergeben!

Im Himmel ist bekanntlich über einen reuigen Sünder mehr Freude als über tausend Gerechte, und wenn sich die deutsche Reichsregierung endlich einmal daran erinnern wollte, daß die Konsumenten nicht nur dazu da sind, von Großgrundbesitzern, Privatkapitalisten und Steuereinnehmern gebrandschakt zu werden, so dürfte man endlich einmal zur Abwechslung ihr Lob in hellen Tönen singen. Die Erkenntnis würde in diesem Falle erleichtert sein durch den Umstand, daß es sich in der Hauptsache um einen ausländischen Ausbeuter handelt, denen der Kampf gilt, wie wohl nicht zu verkennen ist, daß die starke Beteiligung deutscher Finanzgruppen am amerikanischen Petroleumring den Eifer der Regierung doch einigermaßen jäheln dürfte. Alles in allem wird man, wie gesagt, gut tun, eine gewisse Vorsicht walten zu lassen und von der demokratischen Tugend des Mißtrauens reichlichen Gebrauch zu machen. Denn die Wahrung der Konsumenten-

interessen durch die hohe Reichsregierung erinnert bedenklich an die Geschichte vom Wolf, der den Schafen predigt. Kommt das neue Monopol, so wird es vom neuen im Januar 1912 zu wählenden Reichstag abhängen, welche Gestalt es annimmt. Kehrt die alte Mehrheit zurück, die die Reichsfinanzreform gemacht hat, so kann man Tausend gegen Eins wetten, daß die angebliche Schutzaktion für deutsche Konsumenteninteressen als ein neuer Steuerraubzug auf die Taschen der Kleinrentner enden wird. Erhält dagegen die Sozialdemokratie entscheidenden Einfluß, dann wird dafür gesorgt sein, daß das Petroleummonopol ausgebaut wird, nicht als Fiskalmonopol zur Förderung des Militarismus, sondern als Wirtschaftsmonopol im Interesse der Millionen, in deren Stuben die Petroleumlampe brennt. Gegen die Verteuerung des Petroleums von Reichs wegen treibt die Sozialdemokratie „starre Negation“, soll aber wirklich ausnahmsweise einmal auch etwas zum Nutzen des Ganzen geschehen, so wird man sie, wie stets, zu „positiver Mitarbeit“ gern bereit finden.

Eine neue Revolution in Portugal

kündigt die Merikale Telegraphen-Agentur „Juta“ mit ziemlicher Sicherheit an. Das genannte von Rom abhängige Institut nennt sich „Unabhängige“ Telegraphen-Agentur und scheint seine Unabhängigkeit jetzt damit beweisen zu wollen, daß es auch der sozialdemokratischen „Volkswacht“ ihre Spezialberichte über die kommende portugiesische Monarchistenrevolution für 50 Mark anbietet. Der Anfang der Verichterstattung verriet aber zu deutlich, in wessen Sinne dieses „unabhängige“ Bureau arbeitet. Es heißt da:

Die anwachsende jetzt mit elementarer Gewalt ausbrechende Erhebung ist durchaus kein Produkt momentaner Aufwallung, sondern eine mit großer Umsicht geleitete Aktion mit dem Endziele, das unglückliche Land von einer Regierung zu befreien, die sich alle Macht angemahnt hat zur Durchführung eigenmächtiger, dem Lande schädlicher Pläne. Dann wird geschildert, wie das Königtum in Portugal durch einen Handstreich beseitigt worden sei, obwohl im Lande noch zahllose Monarchisten lebten, und wie die neue Regierung eine unerträgliche Diktatur geübt habe. Dagegen empfindet der Merikale Verichterstatler die Gewalt und rechtfertigt sie auch. Das arme portugiesische Volk wird bedauert:

Das in seiner Mehrheit doch noch kirchentreue und gläubige Volk sah, daß man ihm seine Kirchen nehmen, seine Priester und Bischöfe rechtlos machen wollte. Und gegen alle diese Willkür hatte man ihm keine soziale Waife genommen; es existiert keine Versammlungsfreiheit mehr, keine Pressefreiheit gab es, keine Redefreiheit; es gab keinen Richter mehr durch die Gesetze, weil es keine unabhängigen Richter mehr gab — den Stimmzettel aber hatte man der Majorität des Volkes genommen, um ihn den Kreaturen dieser Regierung allein in die Hand zu geben; ist es zu verwundern, daß nun das Volk sich auf den Weg der Gewalt gedrängt sah?

Schließlich werden eingehend die Kriegspläne der drei monarchistischen Parteien geschildert und es wird ein großer Gegenzug unter dem portugiesischen Offizier Paiva Conceiros angekündigt, der folgenden Gestalt annehmen soll:

Es wird eine bewaffnete Erhebung organisiert, deren Ziel die Wiederherstellung der republikanischen Gewaltverfassung ist. In dieser Organisation arbeiten alle monarchistisch gesinnten Gruppen einträchtig und ohne gegenseitige Rivalität mit. Gestimmt ist, das erstrebte Ziel zu erreichen, dann wird eine Militärdiktatur als Übergangsgewalt für die Wiederherstellung der Ordnung im Lande und für eine wirklich freie und unbefristete Verwaltung sorgen. Sodann werden die alten verfassungsmäßigen Cortes einberufen, damit sie in freier Abstimmung darüber entscheiden, wie und von wem das Land geleitet werden soll. Wählen die Cortes gleichmäßig einen Präsidenten, dann war dies der Wille der Nation; wählen sie Dom Manuel oder Dom Miguel zum König, dann ist diese Wahl von allen in Frage kommenden Parteien anzuerkennen, und es muß auch für die Zukunft ein Zusammenarbeiten auf Grund einer gemeinsamen royalistischen Plattform gewährleistet sein.

Das ist das Ziel der von Conceiros geleiteten Bewegung, von der man geteilt muß, daß nur ein Gelingen das Land wieder auf eine wirklich gleichmäßige Basis zu stellen vermöchte.

Das übrige wird bis dahin der Altruus und das miserable Wahlrecht zu den Cortes besorgen — die bekanntlich gar keine rechtmäßige Volksvertretung sind. Aber in ihm haben die Pfaffen wahrscheinlich die Mehrheit, deshalb das Jesuitenstücklein. Unter der Militärdiktatur die „freie Abstimmung“, das sagt genug.

Aus welchen Bevölkerungsgruppen die monarchistischen Parteien Portugals sich in Wahrheit zusammensetzen, das sagt ein anderes royalistisches Organ, die „Schles. Ztg.“, in einem Briefe aus Lissabon etwas deutlicher:

Einem Anhang finden die monarchistischen Führer zunächst an denjenigen ihrer Anhänger, die monarchistische Gesinnung hegen und in der republikanischen Staatsform den Beginn einer gefährlichen Demagogie erblicken. Dazu kommt dann noch das gewaltige Heer derer, die durch die Ausruhmung der Republik in ihrem materiellen Interesse ge-

fährdigt worden sind; die katholische Geistlichkeit, der durch die Entziehung der staatlichen Besoldung der Lebensunterhalt entzogen wurde, der Adel, dessen Stellung im Staate mit Inbegriff seines Titels vollständig beeinträchtigt wurde, und die zahlreichen Staats- und Gemeindefunktionäre, die den Republikanern als Monarchisten verdächtig waren und deshalb aus Amt und Würde vertrieben worden sind. Diese drei Kategorien von Staatsbürgern sind natürlich nicht geneigt, das an ihnen begangene Unrecht ohne Abwehr hinzunehmen. Die Geistlichkeit ruft das gläubige Volk, und dieses bildet in Portugal die erdrückende Mehrheit, zur Hilfe an, der Adel leistet noch große Reichtümer, welche zur monarchistischen Propaganda dienen, und die abgesetzten Beamten verbreiten überall Erbitterung gegen die Republik. So häuft sich denn der Katalationsstoff gegen die Lissaboner Machthaber mit jedem Tage, und die gewaltigen Anstrengungen, die sie machen müssen, um sich über Wasser zu halten, beweisen, wie prekär ihre Lage bereits geworden ist.

Wenn also die Gegenrevolution kommt, weiß man jetzt schon, wer ihre Triebfedern sind: Das materielle Interesse der katholischen Geistlichkeit, die eher ein Volk im Blute erstickt, als sich ihre goldenen Pfanden nehmen läßt und die dabei treue Bundesgenossen bei den Sklavverhältnissen vom Adel findet. Säbel und Bethweibel erheben hier die Fahnen der Rebellion, wie sie anderswo die schwarzeste Reaktion beschirmen.

Politische Uebersicht.

Ein Disziplinarverfahren gegen Wilhelm II.?

Nach den letzten urkundlichen Beweisen des „Vorwärts“ kann gar nicht mehr daran gezweifelt werden, daß die vielbesprochene Einladung des englischen Generals Macdonald zur Tafel im Londoner Kriegsministerium an der auch Wilhelm II. teilnahm, vom Kaiser selbst ausgegangen ist. In der deutschen Sozialdemokratie wird darum niemand annehmen, daß Wilhelm II. seine grundsätzliche Stellung geändert hat; möglicherweise wird es sogar niemand wünschen, denn die Partei hat sich trotz der Gegnerschaft des Kaisers so ausgezeichnet entwickelt, daß wenigstens von diesem Standpunkte aus die Notwendigkeit, etwas an dem bestehenden gegenseitigen Verhältnis zu ändern, nicht anerkannt werden kann. Würde Wilhelm II. wirklich seine politische Stellung in diesem oder jenem Punkte revidieren, und zum Beispiel die Notwendigkeit des gleichen Wahlrechts in Preußen anerkennen, so würde die Sozialdemokratie eine solche Veränderung gewiß ohne persönliche Voreingenommenheit zu würdigen wissen, an ihrer prinzipiellen Stellung gegenüber der Monarchie würde dadurch aber ebensowenig etwas geändert werden, wie an der unerlöschlichen Ueberzeugung Wilhelm II. von seinem Gottesgnadentum. Erstweilen liegt aber kein Grund vor, eine solche auch nur teilweise Gestimmungsänderung beim deutschen Kaiser anzunehmen. Durch eine unverbindliche, in ihrem Inhalt unbekannt gebliebene Unterhaltung mit einem ausländischen Parteigenossen wird also in keiner Weise eine neue politische Situation geschaffen.

Dies gilt für das Verhältnis Wilhelm II. zur Sozialdemokratie, nicht aber für das Verhältnis zu den Konservativen. Die Junker, die die stumpfsinnige Theorie vertreten, jeder Verlehrs mit den roten Umstürzern sei schon ein kleiner Hochverrat, müssen jetzt wohl oder übel auch über Wilhelm II. den Mann verhängen. In Regierungskreisen hat man ja förmliche Angst, daß sich der Träger der Krone durch sein Londoner Tafelgespräch den Unwillen des Herrn von Seydewitz zuziehen könnte, sonst hätte die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ jedenfalls den Versuch unterlassen, den Kaiser durch hartnäckiges Festhalten an erwiesenermaßen falschen Behauptungen bei den Junkern zu entschuldigen. Jetzt, wo keine offiziösen Verflechtungsversuche mehr helfen, wird das Junkertum mit dem Kapuziner in „Wallensteins Lager“ sagen müssen:

Aber, wie soll man die Diener loben?
Kommt doch das Vergerniß von oben!

Lehrer, Beamte, die sich in sozialdemokratischer Gesellschaft sehen lassen, werden mittelmäßig diszipliniert. Wenn in Zukunft konservative Versammlungsredner solche Akte des staatlichen Terrorismus verteidigen, wird man sie fragen dürfen, ob Herr von Seydewitz etwa auch ein Disziplinarverfahren gegen Wilhelm II. einleiten will, weil er mit einem Sozialdemokraten an einem Tische gesessen hat.

Die Wahlsform der Schenkopf-Junker.

Von den mecklenburgischen Zehnplücker kommt wieder einmal mittelalterliche Kunde. Sie tagten im Ständehaus zu Rostock als „allgemeiner Ritterchaftskongress“ und nahmen eine Resolution betr. die Grundlage für weitere Verhandlungen über die Zusammenetzung der Landtagsversammlung in Mecklenburg an, ohne indessen sich auf Einzelheiten festzulegen. Man betonte, daß die Ritterchaft an folgenden Punkten festhalten müsse: 1. Zusammenetzung der Landtagsversammlung aus drei annähernd gleichen Teilen; 2. Zusammenetzung des dritten Teiles je zur Hälfte aus Vertretern des Dominiums und anderweitigen Personen. Falls diese dritte Gruppe

Näcker sein, als eine der beiden anderen; 3. Aus-
schluß allgemeiner Wahlen, zu denen
die breite Masse der Bevölkerung hin-
zugezogen wird; 4. Das Recht also in partes für
jede der drei Gruppen, wenn es sich um eine Aenderung
der Verfassung, der obrigkeitlichen Rechte und der Verwaltung
im Bereiche der Ritterschaft und der Landschaft han-
delt. Der Widerspruch einer der drei Gruppen genügt zur
Ablehnung; 5. Der so zusammengesetzten aufständischen
Landtagsversammlung wird das volle Budgetrecht
gewährt.

Man kann sich manchmal das Nachen nicht verhalten,
wenn man sieht, wie diese Kuhjunker sich einbilden, der
Geist der Zeit wird sich von ihnen seinen Gang vor-
schreiben lassen. Aber das Nachen vergeht einem, wenn
man an die Unerschämtheit denkt, mit welcher sich diese
Stippchaft über alles, was arbeitet, frivols hinwegsetzt und
seine prähistorischen Privilegien vertritt.

Mutterschutz und Familiengeld nach dem Rezept der preussischen Agrarier.

Aus Göttingen schreibt man der „Berliner Volks-
zeitung“:

In Geismar, einem Dorfe von über 3000 Einwoh-
nern in der Nähe von Göttingen, herrscht große Aufregung.
Die Feldarbeiterinnen, die sogenannten Tagelöhner-
frauen, sind in eine Bewegung eingetreten, die vor allem eine
Verfälschung der Arbeitszeit erstrebt. Die Tagelöhnerfrauen be-
kommen für die spätere Feldarbeit von morgens 6 bis abends
7 Uhr eine ganze Mark.

Aber die Frauen fordern nicht etwa mehr Lohn, sie wollen
ihre Arbeitszeit nur statt um 7 Uhr schon um 6 Uhr beenden.
Da ihnen sonst für ihre anderen Pflichten keine Zeit bleibt.
Man muß bedenken, daß es sich hauptsächlich um Frauen han-
delt, deren Männer in Göttingen arbeiten. Da die Männer in
folge der großen Entfernung von der Arbeitstätte meist mittags
nichts Warmes bekommen, so ist es nötig, daß die Frauen
abends eher zu Hause sind, damit sie noch kochen können. Und
dann die Kinder! Auch sie, den ganzen Tag sich selbst über-
lassen, wollen ihre Mütter einmal haben.

Aber für dergleichen haben die Großagrarien kein Ver-
ständnis, sodaß es in mehreren Betrieben zur Arbeitse-
instellung gekommen ist, in einem sogar zur Aus-
sperung. Nur in fünf Betrieben ist der Sechshundert-
abend demüthigt worden. Die übrigen „nationalen“ Arbeit-
geber drohen mit der Einstellung von — polnischen
Arbeitern und tragen keine Bedenken, diesen
1,20 Mark für den Tag zu geben. Aber deutschen Frauen
und Müttern, die für nur eine Mark arbeiten, Abends
eine Stunde früher frei zu geben, weigert man sich. Das
sind die nationalen Herren, die das deutsche Familien-
leben vor der Verdrängung der Sozialdemokratie retten
wollen.

Die Spende der Schnapsbrenner.

Der Schnaps-
verbrauch geht dank der sozialdemokratischen Agitation
ständig und ganz beträchtlich zurück, sodaß die Schnaps-
brenner betrübt in die Zukunft blicken und nichts unter-
sucht lassen, ihr Produkt wieder zu alten Ehren zu brin-
gen. Auch Wilhelm I. hat gelegentlich zu ihrem Bedauern
antialkoholische Ansichten bekundet. Unlängst haben sie
ihm nun 40.000 Mark überreicht und um ihre Aufnahme
in die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft gebeten. Sie haben da-
mit Gnade gefunden vor seinen Augen und das folgende
Schreiben erhalten:

Sehrerliches Zivilkabinett Seiner Majestät des Deutschen Kaisers
und Königs von Preußen.

Seine Majestät der Kaiser und König haben aus der
Jummediatengabe mit besonderer Genugung und Freude be-
rührt, daß der Verein der Spiritusfabrikan-
ten in Deutschland beschlossen hat, Alkoholschnaps für die
Zwecke der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur
Förderung der Wissenschaften die Summe von
40.000 Mark anzubieten. Seine Majestät wollen die hoch-
herzige Spende mit herzlichem Dank annehmen und
beglücken den Verein gern als Mitglied der Kaiser-Wilhelm-
Gesellschaft.

Für Partoten von der Güte und Größe der Spiritus-
Erzeuger ist ein solches Schreiben in einem geeigneten
Rahmen die 40.000 Mark wert. Ob das Kapital die er-
hoffte Wirkung hat, ist freilich eine andere Frage. Denn
es wird reichlich weitgemacht durch die vermehrte Gegen-
propaganda der Arbeiterfreunde, die überhaupt, ungeachtet
aller Schmerzen seiner Erzeuger, nicht nachlassen werden,
zu beweisen, daß der Weingeist ein böser Geist ist, ein
Stoff, der nur den Produzenten Nutzen bringt, den Kon-
sumenten aber gewöhnlich Schaden, direkt, indem er deren
Geldbeutel, Geist und Körper erschläft, und dadurch in-
direkt zur Schwächung und Niederhaltung der gesamten
Arbeiterklasse in politischer und sozialer Beziehung wesent-
lich beiträgt.

Kriegervereine gegen den „inneren Feind“.

Der Kreisriegerverband Queblinburg wendet sich in
seinem Jahresbericht mit großer Energie gegen die Be-
hauptung, daß die Kriegervereine „Politik treiben“. Gleich
darauf führt aber der Jahresbericht fort:

Aber niemand kann es ihnen verwehren, wenn sie gegen
die Sozialdemokratie vorgehen und zur Zeit der Wahlen ihre
Mitglieder auffordern, einmütig gegen sie ihre Stimmzettel ab-
zugeben. Das zu tun, ist nicht nur ihr gutes Recht, sondern
die Erfüllung ihrer vaterländischen Pflicht, die jedes einzelne
Mitglied eines Kriegervereins bei seinem Eintritt in diesen
freiwillig übernommen hat. Wie es jedes Soldaten Ehren-
pflicht ist, den König und das Vaterland gegen den äußeren
Feind zu schützen und zu verteidigen, so ist es jedes national-
gesinnten Mannes und vor allen Dingen jedes alten Soldaten
Ehrenpflicht, den Kampf gegen den inneren Feind zu führen,
der noch weit gefährlicher ist als jener. Der äußere Feind
stellt sich zu erblichem Kampfe in offener, freier Schlacht und
kämpft mit ehrlichen Waffen. Des inneren Feindes Waffen
aber sind Falschheit und Hinterlist, Verleumdung und Lüge,
Waffen, die umso gefährlicher sind, als ihnen schwer beizu-
kommen ist. Darum muß der Kampf der Kriegervereine gegen
die Umfurpartei ununterbrochen und mit Nachdruck geführt
werden, und darum ist es die Pflicht jedes einzelnen Mit-
gliedes, bei den Wahlen seinen Stimmzettel gegen die Um-
furpartei abzugeben.

Der „Kuffhäuser“, das amtliche Organ der Krieger-
vereine, bringt diese farnose Auslegung an leitender
Stelle, vermulst, damit sich die anderen Kreisverbände
darnach richten. Ueber den Vorwurf der Falschheit und
Hinterlist, der Verleumdung und Lüge mit verbohrteten
Kriegervereinen zu rechten, hat keinen Sinn. Aber die
Kriegervereine, als unter amtlicher Aufsicht stehende Ver-
eine, dürften immerhin gut tun, sich bei den kommenden
Wahlen etwas vorsichtig zu halten. Die Wahlprüfungs-
kommission des Reichstags war im vorigen Jahre ernst-
lich daran, eine Wahl für ungültig zu erklären, weil in
dem Eingreifen der Kriegervereine eine amtliche Wahl-
beeinflussung zu erblicken sei. Der künftige Reichstag wird
bestimmt anders zusammengekehrt sein und es könnte einem
Erforsenen der Kriegervereine dann recht leicht passieren,
daß er aus dem Reichstage wieder herausfliegt, sobald
festgestellt wird, daß sich die „Krieger“ etwa allzu eifrig
am Kampfe beteiligt haben.

Arbeiterfänger in Württemberg und Preußen.

In der über 30.000 Einwohner zählenden ehemaligen
Reichsstadt Eßlingen hat vom 8. bis 11. Juli das
fünfte württembergische Arbeiterfängerfest stattgefunden.
Die Behandlung des Festes durch Behörden und Bürger-
schaft steht in einem auffallenden Gegensatz zu den in
Preußen beliebten Methoden, wo die Arbeiterfänger- und
Arbeiterturnerorganisationen gefährliche Verfolgungen zu er-
dulden haben. In Eßlingen waren wohl keine 50 Häuser
zu finden, die nicht Flaggen- und Girlandenschmuck trug-
en. Städtische und staatliche Gebäude
machten dabei keine Ausnahme. Die beiden Rathhäuser und
die Schulen waren zu Ehren der Arbeiter auf Kosten der
Stadt geschmückt. Am Montag Nachmittag waren sämt-
liche Schulen aus Anlaß des Arbeiterfängerfestes ge-
schlossen. Von den staatlichen Gebäuden hatten das Bahn-

hofs- und das Postgebäude Festschmuck angelegt. An den
Zugängen der Stadt waren von der Stadtverwaltung
Ehrenpfosten mit schöner Ausstattung und elektrischer Be-
leuchtung errichtet. Der Oberbürgermeister, Dr. Mühlber-
ger, Chef der Polizei und nationalliberaler Landtags-
abgeordneter, hielt am Hauptfesttage eine Rede, in der er
die Gäste namens der Stadtverwaltung begrüßte und der
Arbeiterfänger seine Anerkennung über die Pflege ideeller
Güter aussprach. Die Angriffe auf das Fest und auf
seine Person, an denen es im nationalliberalen und kon-
servativen Lager nicht gefehlt hat, wies er mit der Be-
merkung zurück, daß es zu den schönsten Aufgaben eines
Oberbürgermeisters gehöre, die Angehörigen einer so
großen Klasse wie die des Arbeiterstandes, an einem so
schönen Feste zu bewillkommen. Vorschriften, wie er sich
dieser Aufgabe entledige, lasse er sich nicht machen, so-
lange sein Handeln mit seiner inneren Überzeugung im
Einklang stehe. Auf dem Festplatz wurde ein von der
Stadt gestiftetes Feuerwerk abgebrannt. Am Montag
waren fast alle Fabrikbetriebe geschlossen. Man wird zu-
geben können, daß sich die Vorurteillosigkeit dieser würt-
tembergischen Behörden angenehm abhebt von der in Preu-
ßen Arbeiterorganisationen gegenüber beliebten Vorein-
nahmen.

Neue Gesetzesvorlagen für den Reichstag.

Nach einer
parlamentarischen Korrespondenz, die allerdings nicht ganz zu-
verlässig ist, befinden sich einige Gesetzesentwürfe in Vorbereitung,
die wahrscheinlich erst dem neuen Reichstage unterbreitet werden
können. In erster Linie eine Novelle zur Reform der deutschen
Fahrkartensteuer. Ferner befinden sich in Vorbereitung
ein Entwurf betreffend die Unfallversicherung bei Arbeiten, welche
freiwillig zur Rettung von Personen und zur Bergung
von Gegenständen vorgenommen werden, ferner ein Entwurf
eines Seeunfallgesetzes, ein Entwurf über die Haftpflicht
der Straßenbahn für Sachschäden, dem auch die Neben-
bahnen unterworfen sein sollen, ein Gesetz betreffend Revision
des Spionagegesetzes, der gewisse Unstimmigkeiten in den
Strafbestimmungen über Spionage beseitigen soll und die Mög-
lichkeit geben soll, mit Ausnahme von Hochverratsverbrechen
bei Spionage mildernde Umstände zuzubilligen und statt Zucht-
hausstrafen Festungshaft einzuführen, schließlich eine Novelle
zum Patentgesetz und eine Reihe kleinerer Vorlagen.

Wahlstimmenkauf.

Ein starker Fall von Wahlbeein-
flussung beim Stimmenkauf bei einer Gemeindevahl bildete
Gegenstand einer Verhandlung, die am Sonnabend vor der
Strafammer in Freiburg i. Br. stattfand. Als Angeklagte erschienen
drei Landwirte aus Forchheim. Die 1100 Einwohner
zählende Gemeinde Forchheim am Kaiserstuhl, mit einer Land-
wirtschaft treibenden, gut situierten Bevölkerung ist, so wird der
„Rhein. Volksztg.“ gemeldet, seit mehr als 50 Jahren bei ort-
politischen Angelegenheiten in zwei Lager gespalten, in die
„Schwarze“ und die „rote Partei“, wie sie sich selbst bezeichnen.
In beiden Lagern befinden sich Anhänger aller politischen
Parteien. Am 21. Februar d. J. fand nun in Forchheim
Gemeindevahl statt, wobei die schwarze Partei mit zwei
Stimmen Mehrheit über die rote Liste siegte. Diese Wahl wurde
von der roten Partei angefochten, weil das Wahlkolat nicht den
gesetzlichen Anforderungen entsprach. Der Bezirksrat Emmen-
dingen erklärte die erste Wahl für ungültig und beräumte
einen neuen Termin auf den 23. März an. Diesmal
siegte die rote Partei mit einer Mehrheit von zwei Stimmen.
Man munkelte aber bald, daß mit ungesetzlichen Mitteln bei der
Wahl operiert worden wäre. Um den roten Sieg zu ermöglichen,
bearbeitete der Landwirt Georg Schiebke zwei bisherige schwarze
Parteiangehörige zugunsten der roten Liste. Er versprach jedem als
Belohnung für seinen Umsall einen Acker, und um dem Ge-
schenke eine reale Unterlage zu geben, stellte Schiebke den beiden
zwei Tage vor der Wahl je einen Schuldbrief in über 500
Mark aus. Diese erfüllten denn auch am Wahltag ihre Pflicht
und verhalfen der roten Liste zum Siege. Nicht genug damit
renommierten sie mit ihrem „guten Geschäft“ im Dorfe, wodurch
die Sache zur Kenntnis der Staatsanwaltschaft gelangte. Die-
selbe gegen die Beteiligten Anklage wegen Vergehens gegen
§ 109 des Strafgesetzbuches. Die Strafammer verhängte über
alle drei Angeklagte je einen Monat Gefängnis.

Zentrumsaudidatur in Düsseldorf.

Zu der bevorstehen-
den Reichstagswahlwahl in Düsseldorf hat das Zentrum einen
Kandidatenwechsel vorgenommen. Von der zuerst genannten
Kandidatur des Landrats Adams wurde abgesehen. Ein

Jungfer Mutter.

Eine Wiener Vorstadtschichte von Hans Scharpen.

22] (Nachdruck verboten.)

„Und du denkst auch so von deinem Mann? Ich soll
mir einen Arm machen lassen? ... Jählings wurde er dunkel-
rot und sagte bitter: „Es graut Dir also vor mir, weil ich
in Krämpfe bin?“

„Ja!“ rief sie rüchloslos trotz dem, gleich hastiger
aber tief sie bittend: „Schlag nicht!“

Es war zu spät, seine wuschlige Faust fiel auf ihren
Nacken nieder. ... Der Leopold starrte und verzweifelte, als ob
er den Schlag bekommen hätte, das wuschlerige Gesicht wurde
nach und nach schweißnass, er schloß die Augen und schrie
ohne sein Weib anzusehen, er brüllte und wuschte nicht auf wel-
chen Ort, als sich aber minutenlang nichts regte in der Stube,
schloß er:

„So weit kann ein Weib einen Mann bringen“, und ohne
daß er den Kopf erhob, klappte er aus der Stube.

Ohne Krämpfe, mit weit offenem Mund und starrstarrtem Blick
drüht er schmerzhaft durch den Hof, über die Straße und hin-
aus auf die Trodenwiese. Dort stand er jetzt still, sah sich um
und holte tief Atem, dann ging er langsam weiter über das
Feld, ausgedehnt, wie ihm seine unbeherrschten Hüfte wegen, und so
kam er zu dem Feldrain, auf dem er damals angetroffen, als er
brüchelte. — Schier auf bewachsenen Flecke schloß er sich nieder,
er hatte ja damals hier Frieden gefunden.

Amals.

Der Reichenharm, der Schred über den Gang der kleinen
Gemeinde, das Gerleib und die Körpergröße, die ihn angefallen
hatten, alles war hier zurückgelassen und er lag damals still da
mit der Hand, mit demselben Bunde, das heute sein Weib war
— und dasselbe Gesicht hatte ihn auch diesmal hochgegriffen,
hastig sah er aber nicht, weshalb, von der beschämten mit dem
schmerzlichen Schweiß, das es für ihn gab.

„Du hast dich nicht so ein Krämpfe“, er dachte, daß sein
Weib vor ihm grunzte und daß ihn die Leute bedachten,
weil er bei dem Krämpfe hatte, das schmerzliche Krämpfe zu sein
wollte, er der Einmüdigkeit der Krämpfe. — Ach! — Die
Schmerzen, die Schmerzen! Er litt alles wieder durch, was er
auf dem Schloßwiese und im Spital ertragen hatte, und der
Krämpfe, pulste und zitterte an seinem Gebirge. — Da plötzlich
schloß er seine verzerrte Hand wieder, als er mit der lebendigen
Hand verpackt an die linke Schloßwiese und die Hand
schloß er wieder, da war ihm, als ob die rechte untergründig
und als ob die Stube wieder schloß die Hand wieder, da

hülte er, wie die Finger, die längst bemerkt waren, sich
rührten und zwischen die lebendigen schlüpfen, wie die beiden
Hände sich in einander trauten und lebend hinaufstreckten zu dem
Himmelsraum, zusammen, müde, müde, müde. — Der Kopf
wies etwas herum, bewegte sich fort und fort, alle Krämpfe dehnten
sich, er hörte sein begabenes Gesicht wieder, das
Gerleib hatte es lebendig gemacht, die Seele hörte nach die-
sem Weib, als könnte sie dann der gesuchten Mensch werden,
als müde sie nicht hilflos erdulden, was sie schloß für alle
Zeit.

Das war ein ganz anderer, der jetzt da auf dem Feldrain
hockte, das war der Leopold, den man nie überhört sah, das
war der Leopold, der jetzt sich selbst genau ansehete, als ob
sein heimliches verborgenes Ich wie ein Zwillingenbruder, den er
versteht, da ihm gegenüberwärtig würde. Es sammelte ihn, was
er alles gemacht haben aus dem Leben, langen Burden:
„Die Zeit ... und die Zeit ... und das Weib! ...“ Er
hatte so richtig gesagt für sie, er liebte sie so dann, so un-
heimlich, daß er sich schämte, es ihr zu sagen; die sonderbarsten
Dinge häßte er vor sich hin, wenn er sie umarmte, so schön,
wäre, wie er sie sprach, fanden sie nur in den Büchern oder
lagten die Leute auf dem Theater, das dachte sie nie hören,
dieser nicht, sie hätte ihn ja doch nicht verstanden — wenn
es gut gegangen wäre, hätte sie gelacht. Dafür aber konnte sie
nichts, das war nicht ihre Schuld. Alle können ja nicht so
sein, wie der, welcher ihm gegenüberwärtig und mit traurigen
Augen auf die letzten Grasholme schaut.

Die ist so schön! — Sie liebte er sie, und sie konnte es
dabei tragen, daß er seinen menschlichen Arm erstreckte und den
anderen noch in Grube zwischen machte dadurch, daß er ein
Weib schloß — sein Weib, dieselbe Seele, die er doch bis zur
Stube noch mit allen Qualen des Schreckens liebte. — So
weit kam er ein Weib einen Mann bringen! Ichrie er jäh-
lings, jedoch die Hände ausstrecken, die noch mitten in den Fel-
den herumstehen.

Das soll nun daraus werden? — Wie wird das Leben
jetzt weitergehen? — Was soll er ihr sagen, wenn er beim-
kommen? — Der Kopf, mit dem sie ihn anseh, als sie die Krämpfe
schloß, schloß, schloß, schloß, schloß, schloß, schloß, schloß, schloß,
in der Hand, das war ein schmerzlicher Kopf, so schloß jemand, der
nicht in der Jammertiefe hingelagert, wie er es getan hat.
„Die kann nicht dazugehen und vergehen“, schloß der Mann.

Amals war geschloß ein großer Hund herumgeschloß,
legte sich auf ein paar Schritte entfernt wieder, streckte alle vier
Beine dem Hof nach, als ob er den Leopold sehen wollte.
Es war ein junges Tier mit ungeheuren Ohren und einem
schmerzlichen Gesicht. Langsam hob und senkte er sich ab.

spring spielend rund um den Mann, bis er endlich mit einem
plumpen Satz hinter ihn war. Jetzt richtete er sich auf, legte
die Vorderpfoten auf die Schultern des Leopold, streckte den
großen Schädel hervor und begann seine Ohren und Wangen
abzulecken.

„Ah, du bist's, Schüssel!“ Du suchst mich auf?“

Das Tier froh hervor, machte wieder ein paar Sprünge,
hief plötzlich inne, horchte auf und stellte sich dann leise hin-
ten neben den Mann.

„Was giebt's?“

Der Hund schruppte dem Leopold das zu.

„Was auf, Schüssel?“

Jetzt schloß das Tier dreimal nacheinander laut an, wol-
lauer, wenn jemand dem Leopold nahe kam.

„Es ist ja keine Wäsche im Freien mehr? Warum er
mir heißt?“

Wieder küßte der Hund und wuschte, als ob jemand
die großen leeren Stangen forttragen wollte, denn sonst war
nichts unten auf den Trodenwiesen. Jetzt aber hörte der Leo-
pold gedämpfte Stimmen, die immer näher und näher herank-
amen.

„Was das Weib für ein feines Gesicht hat“, dachte er den-
kender und streckte das weiche Fell des Schüssel.

Rum lachten und plauderten die Leute unten lauter und
ein leiserer Mensch kauschte plötzlich so schrill, daß der Dauscher
zusammenschloß.

„Singen! Singen!“ grüßte einer, dessen kurzer raselnder
Ton dem Leopold bekannt war, aber er dachte nicht darüber
nach, denn das Jauchzen und Schreien wurde immer wilder.

„Na ja. Aber jetzt lach!“ überschrie das Getöse eine
kräftige Mädchenstimme, und es wurde auch lachendes All.

Leute lud nun eine sanfte Stimme zu singen an, wie sie
sich allein, so lach und weich. — Es waren später schwermütige
Lauter, die aus einer jungen Kehle emporstiegen und wie Wellen
dahinwuschten, die ganze Luft schen erfüllte von dem Küßer-
den süßen Gesang.

„Aha, die Marie!“ marmelte der Dauscher.

Die wuschelbaren Begleiter der Sängerin schrien und lach-
ten in die Hände, bis wieder der kräftige Ton dazukam.

„Stark! Stark! Marie, wir singen jetzt miteinander das Marie-
hüßer-Gesang!“

Nun begannen die zwei Mädchen gleichzeitig und sangen
eines jener wuscheligen Lieder, die nur die kleinen Leute, die an
den äußersten Enden der großen Stadt wohnen, erfinden, aus
der Luft holen und ein paar Wochen lang in die Luft hinaus-
sagen und pfeifen.

Zentrumsversammlung hat am Mittwoch beschlossen, den politisch bisher wenig bekannten Direktor der Rheinisch-Westfälischen Diskontogesellschaft Dr. phil. Johann Friedrich als Kandidaten aufzustellen. Der neue Kandidat ist Mitglied des Bundes und damit hat das schlaue Zentrum der Nationalliberalen einen fetten Hapfen hingeworfen.

Aufgehobenes Urteil gegen den „Vorwärts“. Das Reichsgericht hob auf die von dem Angeklagten eingelegte Revision das am 28. März vom Landgericht Berlin gefällte Urteil, durch das der Redakteur des „Vorwärts“ Wermuth, wegen Beleidigung der Polizei anlässlich der Krawalle auf dem Wedding zu 200 Mk. Geldstrafe verurteilt wurde, auf. Die Aufhebung erfolgte wegen der Ablehnung von Beweisansätzen, betreffend Unschärftungen der Polizei. Die „beleidigte“ Polizei dürfte also an der Neuaufgabe des Prozesses nicht viel Freude erleben. Ja — wer ändern eine Grube gräbt...

Abgewirtschaftet. Der Danziger Gerichtsassessor Warming beschuldigte bekanntlich die Sozialdemokratie als Vorgesänger des Schöffengerichts der Förderung des Meinendes. Es war selbstverständlich, daß jeder Sozialdemokrat den Herrn hiernach als Richter wegen Befangenheit ablehnen mußte. Zu häufig konnte das aber nicht geschehen. Bereits im ersten Falle stellte das Gericht ohne weiteres fest, daß Warming zweifellos politisch so befangen sei, daß er als Richter nicht mehr fungieren könne! Er wurde darauf, um der Justiz die Lustigkeit auf weitere Ablehnungen zu ersparen, seiner Funktion als Strafrichter enthoben und an das Zivilgericht versetzt. Seine Tage sollen in Danzig übrigens geahnt sein.

Dr. Kirchs Austritt. Zu dem Austritt des früheren katholischen Geistlichen Dr. Kirchs aus der römisch-katholischen Kirche und der Zentrumspartei, sowie auf der Redaktion der „Köln. Volkszeitung“ wird Berliner „Köln.“ aus Köln geschrieben: „Der einzige Tugend teilt Sie in Ihrem geschätzten Blatte...“
Dr. Kirchs, a ngewidert durch die Treibereien innerhalb der Zentrumspartei und der römisch-katholischen Kirche, beiden entschlossen den Rücken gelehrt habe. Die Zentrumspresse ignoriert absichtlich diese Darstellung und sucht ihren Lesern klarzumachen, daß die Austrittsgründe auf einem ganz anderen, für Dr. Kirchs weniger ehrenvollen Gebiete zu suchen seien. Den ultramontanen Auslassungen gegenüber stelle ich jedoch fest, daß Dr. Kirchs seit geraumer Zeit die Kampfesweise im ultramontanen Lager entschieden mißbilligte. In einem Briefe vom 12. April dieses Jahres schrieb Dr. Kirchs einem ehemaligen Lehrer, der der katholischen Kirche bereits seit vielen Jahren den Rücken gelehrt hat, über die Kampfesweise der ultramontanen Presse:

„Im übrigen bin ich mit Ihnen in der Beurteilung einer Kampfesweise einig, die sich die persönliche Verunglimpfung des Gegners zum Ziele setzt.“

Ein Mann, der so wenig ultramontan dachte und fühlte, konnte selbstverständlich auch nicht ultramontan handeln, und somit war für ihn der Austritt aus dem ultramontanen Lager ein Akt der Selbstschätzung.“

Verstärkte gestrichelte Maßnahmen gegen Arbeitslose. Im Ministerium des Innern ist eine Vorlage ausgearbeitet worden, die den Verwaltungsbürokraten die Befugnis gibt, Personen, die sich hartnäckig und böswillig der Unterhaltspflicht ihren Angehörigen gegenüber entziehen, zur Arbeit zu zwingen. Diese Verschärfung der Strafbestimmungen könnten erst im neuen Strafgesetzbuch eingefügt werden.

Der Anti-Volkenblock. Wie man aus einer Auslassung der Nationalliberalen Korrespondenz entnehmen kann, ist für die kommenden Reichstagswahlen in der Provinz Posen wieder ein Block von Händeln bis Wiener ins Auge gefaßt. Die Parteien — Konservativen, Bund der Landwirte, Nationalliberale und Fortschrittler — wollen die Wahlkreise in den polnischen Distrikten unter sich aufteilen. Allerdings liegen sich die geeigneten Parteien wegen des Wahlkreises Bromberg bereits in den Nären. Diesen Kreis vertritt der Vizepräsident des Reichstages, Abg. Schulz. Die Nationalliberalen behaupten nun, daß sie ein Anrecht darauf haben, diesen Kreis zu besetzen, weil sie bei der Verteilung der Landtagsmandate ausgefallert worden sind. Freikonservative und Nationalliberale werfen sich nun gegenseitig Störung der noch garnicht perfekten Einigung vor.

Silbe vor Norddeutschland. Mehrere bayerische Zentrumsabgeordnete haben in Verbindung mit dem Geschäftsführer des Bundes der Landwirte an den Staatsminister v. Bretschneider eine Eingabe gerichtet, die ein Verbot gegen die Einfuhr von Schweinen aus Norddeutschland nach Bayern verlangt. In dieser Eingabe wird betont, daß die Verfeinerung Bayerns durch die Maul- und Klauenseuche auf den Schweineimport aus Norddeutschland zurückzuführen sei, und in Anbetracht dieser Tatsache wird dann das Schweineimportverbot für Bayern verlangt.

Das durch zehnjährige Zollschranken gegen das Ausland hermetisch verschlossene Norddeutschland ist also ein gefährdeter Seuchenherd — eine härtere Fronte gegen unsern Grenzschutzeschutz kann es garnicht geben.

Die Klärung im Sausbund. Der Präsident des Bundes, Geheimrat Nieber, hat am Mittwoch in Dortmund über die letzten Vorgänge im Sausbund gesprochen. Er untersuchte die angeblichen und wirklichen Gründe des Austritts der Schwerindustrie und kam zu dem Resultat, daß die Schwerindustrie sich zur Erfüllung ihrer Forderungen der konservativen Partei anschließen und daher den Kampf gegen den Bund der Landwirte eingestellt wissen wolle. „In diese Falle gehen wir nicht. Wir haben dafür nur entschiedene Ablehnung.“ Als Geheimrat Nieber erklärte, kein Wort, kein Satz von der Rede am Samstag werde zurückgenommen, durchhalte brauender Beifall den Saal. Er schloß mit der Aufforderung, durch energische Werbetätigkeit die Lücken zu schließen und mit vereinstimmlicher Front und vermehrter Stohkraft den Kampf gegen die Agrardemagogie fortzusetzen.

Die Ziele der Sozialdemokratie werden vom „Reichsboten“, dem Organ der Postdamen und Pastoren, in folgender prächtiger Weise definiert:

„Es steht neuerdings unbestritten fest, daß die buchstäbliche Reaktion allein beim roten Radikalismus zu suchen ist, der unter der falschen Flagge der Freiheit jede wirkliche persönliche Bewegungsfreiheit, und zwar die körperliche wie die geistige, niederhält, der die Staatsgewalt bekämpft, um die rohe Gewalt der Faust und des Messers an deren Stelle zu setzen.“

Im Birus der Reaktion spielt der „Reichsbote“ schon längst die Rolle des Clowns. In Berlin wird er fast nur noch von Leuten gelesen, die ihn als Ersatz für das noch immer fehlende tägliche Witzblatt betrachten. Aber der Gedanke, daß es irgendwo in einem pommerischen oder westpreussischen Winkel noch Menschen gibt, die dieses lutherisch-orthodoxe Geschreibsel mit gläubigem Ernst verfolgen, wirkt bedrückend. Wieviel Unkultur und blöde Unwissenheit gibt es da noch auszuwieseln!

Reinbefugung höherer Verwaltungsstellen. Das Berliner Tageblatt läßt sich von einer Seite, die in Personalfragen orientiert sein will, über den für den Herbst in Aussicht gestellten Personalwechsel in höheren Verwaltungsstellen Mitteilung machen. Hiernach ist als Nachfolger des in den Ruhestand tretenden Präsidenten der Oberrechnungskammer in Potsdam v. Magdeburg, der Oberpräsident von Sachsen v. Deyl in Aussicht genommen. Als künftigen Oberpräsidenten von Sachsen nennt man in erster Linie den Berliner Polizeipräsidenten von Jagow und in zweiter Linie den Regierungspräsidenten von Wiesbaden v. Meißner. Sollte Herr v. Jagow zum Oberpräsidenten von Sachsen ernannt werden (hinter geht es als künftiger Reichspräsident von Potsdam), so wird nach wie

vor als sein Nachfolger der Breslauer Polizeipräsident v. Oppen, der frühere Landrat des Kreises Oberbarnim, bezeichnet. Die Uebernahme des Oberpräsidenten v. Walbow aus Posen nach Steint steht fest.

Ausland.

Das sozialistisch-liberale Wahlrechtskartell.

Die sozialistische Auslands-Korrespondenz schreibt: Die Liberalen haben beschlossen, sich an der von unseren Genossen aus den 15. August angelegten großen Wahlrechtskündigung in Brüssel zu beteiligen und damit sich der Forderung des gleichen Stimmrechts anzuschließen. Das bedeutet die Preisgabe der bisher von einem Teile von ihnen noch aufrechterhaltenen Forderung einer zweiten Stimme für die Familienväter von 35 Jahren. Es besteht noch die Meinungsvielfachheit, daß die Sozialisten das Wahlrecht der 21-jährigen nach schrittweisem Vorgehen fordern, die Liberalen aber nach an der Grenze von 25 Jahren und einem Wohnsitz von einem Jahre festhalten. Das hindert aber beide Parteien nicht, ohne Verdeckung des bestehenden Gegensatzes den gemeinsamen Kampf für das gemeinsame Ziel: Sturz des kerkerhaften Regiments und des Mehrstimmrechts in Staat und Gemeinde, zu führen. Auch denjenigen christlichen Demokraten denen es ernst ist mit der Forderung der politischen Gleichberechtigung, wird der Platz zum Anschluß an die Demonstration offen gehalten.

Dieser Zusammenschluß, der bei den Kammerwahlen des nächsten Jahres den entscheidenden Schlag gegen das herrschende System führen soll, wirkt schon über diesen besondern Zweck hinaus. Die im Oktober stattfindenden Gemeindevahlen werden ein Vorzeichen der parlamentarischen sein. Hier ist der Zusammenschluß der Opposition umso mehr geboten, als das Wahlrecht der Wahlberechtigten bis zu 4 (bei den Kammerwahlen 3) Stimmen steigt und die Mehrstimmlichen begünstigt sind durch die Beschränkung des Proportionalwahlrechts auf die größeren Gemeinden, wodurch den Mehrstimmlichen dort Vertreter gesichert sind, in den kleineren aber mit überwiegender Mehrzahl die Opposition leer ausgeht. So hat die Brüsseler Parteioffiziantin nach eingehender Erörterung am 6. Juli folgenden Beschluß gefaßt: In Erwägung des Anschlusses der Liberalen an die für den 15. August von der Arbeiterpartei organisierte Demonstration für das unerschöpfliche allgemeine Wahlrecht, ferner des einstimmigen Beschlusses der liberalen Abgeordneten und Senatoren zugunsten dieses Wahlrechts spricht die Organisation den Wunsch aus, daß das Kartell an allen Orten die Brüsseler Weise zustande komme.

Die Organisation löst sich in Gruppen der Partei auf, eine reichhaltige Propaganda für den Triumph des allgemeinen gleichen Wahlrechts mit 21 Jahren zu entfalten.

Dieser Beschluß wurde nach Beschlusvorlegung durch Bänder, Wind, Guymans u. gefaßt. Es steht jetzt bei den Mehrstimmlichen, ob sie sich dem Bündnis anschließen und so die Niederlage des kerkerhaften Regiments sichern helfen wollen.

„Unangenehm höflich, sogar freundschaftlich.“ Der „Matin“ teilt folgendes mit: Die Unterredungen im Berliner Auswärtigen Amt dauerten länger als eine Stunde. Die Vergangenheit wurde nicht berührt. Der Ton war unangenehm höflich, sogar freundschaftlich. Erst wurde von den laufenden Geschäften geredet, dann prüfte man die Situation. Es wurde vereinbart, gegenüber der Presse die größte Zurückhaltung zu bewahren; es läßt sich aber nach dem „Matin“ annehmen, daß die Verhandlungen auf gutem Wege sind, und daß sie beinahe sicher ein gutes Resultat haben werden.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ meldet: „Wie wir erfahren, tritt das Schiff „Panther“ nunmehr von Teneriffa aus die Heimreise an. In seiner Stelle übernimmt der derzeitige Stationschef von Deutsch-Südwestafrika „Eber“ für den vorwärtigen Kreuzer „Berlin“ den Post- und Telegraphendienst und löst die „Berlin“ zeitweilig ab, falls diese zum Anlaufen einnehmen vorübergehend einen anderen Hafen aufsuchen sollte.“

Im englischen Unterhause beantwortete der Staatssekretär Sir Edward Grey die Anträge, ob er irgend eine offizielle Mitteilung erhalten habe, daß die Vereinigten Staaten bei der deutschen Regierung wegen der Verletzung Agadir's Vorstellungen erhoben haben, mit der Begründung, daß die Befragung der Juristen des Panamakanals schädigen würde, mit Nein. Auf eine weitere Anfrage erwiderte Grey, er habe in den Zeitungen gelesen, daß der frühere Präsident Castro nach Venezuela zurückgekehrt sei. Eine offizielle Mitteilung darüber habe er nicht erhalten.

Die Eisenbahnerfrage und die Kammer. Unser Pariser Korrespondent schreibt uns vom 12. Juli: „Sabotieren wir Jaures!“ Also lautete die von der „republikanisch-sozialistischen“ Petite Republique gestern wiederholte Parole. Das Blättchen wird von einem ehemaligen Sozialisten namens Gagnard geleitet. Wie trotzdem muß es um eine herrschende Partei bestellt sein, wenn sie sich in ihrem Verhalten von einem Individuum bestimmen läßt, dessen persönlicher Haß gegen Jaures seit Jahren das einzige Leitmotiv seiner „Politik“ ist.

Die radikal-sozialistische Mehrheit gab sich zu dem Rand, der her. Als gestern Abend um sechs Uhr Genosse Jaures auf die Tribüne stieg, um den sozialistischen Antrag zu begründen, der die Schaffung von Disziplinarräten auf den vereinigten Eisenbahnen forderte, in denen die Gesellschaften, der Staat und die Arbeiter je zu einem Drittel vertreten wären, hing die bürgerliche Linke an mit den Pulsbedeln zu klopfen, und „morgen, morgen“ zu schreien, um den sozialistischen Redner nicht zu Worte kommen zu lassen. Jaures, der den Sturm erwartet hatte stand lächelnd oben und wartete. Schließlich wurde seine gewaltige Stimme Herr über den höflichen Lärm und man hörte ihn der Mehrheit zurufen: „Out meine Herren, ich gebe herunter, aber das sage ich Ihnen, ehe Sie mir nicht erlaubt haben, meinen Entwurf zu begründen, werden Sie Ihr Budget nicht haben.“ Schwachs und war unten. Wie ein kalter Wasserstrahl fuhr diese Unfindung über die in wildem Eifer erregten Radikalen. Fünf Minuten später konnte Jaures seine Rede halten, und die Kammer war tot, wie sonst. Der Ministerpräsident antwortete ihm sofort. Er zeigte sich etwas fahler, als am Montag Abend, lehnte jedoch den sozialistischen Antrag mit der Begründung ab, man könne den Gesellschaften, welche die ganze Verantwortung tragen nicht nur ein Drittel der Disziplinargewalt lassen. Diese Bemerkung erlaubte dem von Caillaux ausgeschickten Minister der öffentlichen Arbeiten Charles Dumont endlich das Wort zu ergreifen. In einer kurzen Erklärung wies er an der Hand von Dokumenten nach, daß Caillaux mit seiner Behauptung den republikanischen Traditionen von vierzig Jahren widerspreche. Er zählte die republikanischen Führer auf, die sich im entgegengelegten Sinn ausgesprochen haben, als es Caillaux getan hat: Reynal, Gambetta, Waldeck-Rousseau, Floquet... die Radikalen wagten es nicht sich zu rühren. Die Sozialisten brachten dem mutigen Demokraten, der mit Pelletan lebt der einzige geblieben ist, der den Eisenbahngesellschaften die Wahrheit zu sagen wagt, eine lange Ovation dar. Und wieder antwortete Caillaux sofort. Er sei mißverstanden worden. Der Staat habe wohl das Recht in allem mitzusprechen, was die vom Staat konzentrierten und unterstützten Gesellschaften angeht. Im selben Atemzug wiederholte er jedoch seine Behauptung, daß man den Gesellschaften nicht zwei Drittel der Disziplinargewalt nehmen dürfe. Die Radikalen waren diesmal in ihrem Beifall etwas weniger enthusiastisch, dagegen schloß die progressivere Regierungstriffig. Mit 499 gegen 89 Stimmen wurde das Verbot

sozialistischen Antrags in der Kommission beschlossen. Die Mittel der Sozialisten die Frage der Eisenbahnen in der Kammer aktuell zu erhalten, sind noch nicht erschöpft. Allerdings wird die Kammermehrheit wahrscheinlich brutal Schluß machen, indem sie die Session schließt. Gelängt ihr das? so wird die Disziplin im Oktober fortfahren, wenn die Gesellschaften sich bis dahin keine Besseren besinnen haben. Wenn eine Partei in dieser Sache für das Ansehen des Parlamentarismus kämpft, dann sind es die Sozialisten, die eine halloste Mehrheit zwingen wollen ihr gegebenes Wort zu halten.

Gewaltige Manifestation der Budapester Arbeiter. Die Arbeiterchaft Budapests hat den Wahlrechtskampf wieder in großem Maßstab aufgenommen. In vier mächtigen Versammlungen meldete sich das Proletariat, um sein politisches Recht zu reklamieren. Da im Abgeordnetensause die Verhandlung des Begehres beginnt, wiederholt die Arbeiterchaft ihre alte Forderung, daß vor allem die Wahlreform ins Leben treten müsse, bevor auf das Volk die neuen Listen des Militarismus gewälzt werden dürfen. Die Stimmung in den Versammlungen war von Leidenschaft und Kampfbereitschaft erfüllt. Nach den Versammlungen formierten sich die Massen zu einem imposanten Demonstrationzug auf der Budapester Brunnstraße, der Andrássystraße. Vor dem Gebäude des Reformklubs, wo die Justiz-Partei ihren Sitz hat, wurde ein Meeting unter freiem Himmel improvisiert. Es sprachen da Genosse Buchinger, dann Ludwig Bede, Mitglied der Justiz-Partei, und für den Reformklub Fendee. Die Reden langten in das Gelächris aus, alle Kraft nun auf die Eroberung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts zu konzentrieren. Der donnernde Ruf der Zehntausende stimmte begeistert zu. Angesichts der gewaltigen Massen, die auf der Straße gesammelt waren, hielt sich die Polizei im Hintergrund und jeder der beliebigen „Zwischenfälle“ wurde vermieden. In Ruhe zerstreuten sich die Massen, die mit dem heutigen Aufmarsch den Endkampf um die Wahlreform begonnen haben.

Schlesien, Posen und Nachbargebiete.

Schmieberg, 12. Juli. Gewerkschafts-Kartell. In der letzten Sitzung wurden die Einzelheiten über das nächste Sonntag stattfindende Gewerkschafts-Fest besprochen. Die Aufstellung des Festzuges erfolgt nachmittags 1/2 Uhr beim „Goldenen Schlüssel“. Abmarsch Punkt 2 Uhr. Der Umzug geht nach Friedigs Gasthof „Zur Eisenbahn“ in Mittel-Schmieberg, wo das Gartenfest mit Konzert stattfindet. Zur Aufrechterhaltung der Ordnung stellt das Kartell 20 Ordner, denen unbedingt Folge zu leisten ist. Abends findet in zwei Lokalen, im Gasthof „Zum Schlüssel“ und im Gasthof „Zum Stollen“, ein Festball statt. Für Belustigung der Kinder, sowie der Erwachsenen ist bestens Sorge getragen worden. Der Vorsitzende ernannte alle Delegierten, an diesem Tage auf dem Posten zu sein und für gute Beteiligung zu agitieren. Darauf legte der Kassierer den Abrechnungsbericht von der Waiserei vor. Die Einnahme betrug 308,40 Mark, die Ausgabe 220,60 Mark. Die Waiserei brachte uns somit einen Ueberschuß von 81,80 Mark. Die Abrechnung vom zweiten Quartal weist folgendes Bild auf: Kassenbestand vom vorigen Quartal 110,10 Mark, in diesem Quartal eingenommen 130,95 Mark, mitteln beträgt die Gesamteinnahme 241,05 Mark. Die Ausgabe beziffert sich auf 46,65 Mark. Es verbleibt somit ein Kassenbestand von 194,40 Mark. Es wurde noch beschlossen, diesen Herbst den Genossen Erbmann Dietel zu einem Negiationsvortrag zu beauftragen. Die Schriftsteller König und Rich. Eise sollen im kommenden Winter lehrer einen Lichtbildvortrag halten. Auf Antrag der Transportharbeiter wird in der nächsten Kartellsitzung die Frage der Jugendorganisation beraten werden.

Sagan, 14. Juli. Fabrikrand. In der verflochtenen Nacht brach in dem großen etwa 30 Meter langen und 20 Meter tiefen Lagerstuppen der Tuchfabrik der Firma J. v. Beer Feuer aus, durch das die großen Vorräte dieses Stuppens vernichtet wurden. Es gelang den großen Anstrengungen der Feuerwehre, die auflodenden Fabrikgebäude zu retten. Der angestrichelte Schaden wird auf 60-80 000 Mk. angegeben. Die Entstehungsurache des Feuers ist unbekannt, doch ist Selbstentzündung der Wolle nicht ausgeschlossen.

Freschadt, 14. Juli. Wichtige Funde. Auf dem Boden der hiesigen Gedenkkirche fand man ein Steinbeil, acht Zentimeter lang, 2 1/2 Zentimeter breit. Ebenso wurden wichtige Funde aus der Steinzeit in einer Sandgrube bei Streibsdorf gemacht. Weitere Funde sind in Märdorf gemacht worden, indem man 12 Steinflintgräber, deren Deutung in Kürze erfolgen soll, fand. Ebenso liegen Ausgrabungen in Lippen, Aufhalt und Lessendorf bevor.

Olak, 14. Juli. Ertrunken. Vorgesetzten Abend ist beim Baden an verbotener Stelle in der Neisse in der Nähe der Komturwehre der Knecht Mag. Neugebauer ertrunken. Er wurde von einem Herzschlage getroffen und verschwand in den Wellen. Seine Leiche ist nicht geborgen.

Posen, 14. Juli. Verschüttet. Nahe bei dem Neubau der Knottischen Schule am Oberwall wurden gestern vormittag drei Knaben im Alter von 11-14 Jahren in einer kleinen Sandgrube von herabbergehenden Erdbmassen verschüttet. Während zwei noch lebend herausgeholt wurden, das dritte Kind, der elf Jahre alte Alfred Winkler, sein Lebenszeichen mehr von sich. Man brachte den Knaben nach dem jüdischen Krankenhanse, wo aber nur noch der bereits eingetretene Tod konstatiert werden konnte.

Posen, 13. Juli. Das Bier des Kleinen Mannes. Unglaubliche Schmutzereien wurden in einer Verhandlung vor dem hiesigen Schöffengericht aufgedeckt, wo sich der Dekretator Hermann Walter, Wasserstraße, wegen Vergehens gegen das Nahrungsmittelgesetz zu verantworten hatte. Walter war wegen dieses Vergehens mit einer Polizeistrafe von 30 Mark bestraft worden, wogegen er gerichtliche Entscheidung beantragt hatte. Die Verhandlung ergab, daß sich in dem vom Angeklagten u. a. auch an den Gastwirt Granunder in Kolata gelieferten Flaschenbier in zahlreichen Fällen allerlei Schmutzereien vorfanden. In einer Flasche war einmal eine Wasserfische, dann wieder Wolle, Lappen, Streichhölzer, Zigarettenspitzen und einmal ein Stück Licht. In einem weiteren Falle war das Bier mit Ejweiß gemischt, ein anderes Mal noch es nach Petroleum. Am Ärgsten war es in einem Falle, wo sich in einer Flasche gleich eine ganze Reihe von Fremdkörpern vorfanden, die vom Vorsitzenden als „Dämonische Ausstellung en miniature“ bezeichnet wurden. Walter wurde mehrmals auf die schlechte Beschaffenheit des Bieres aufmerksam gemacht, worauf er jedesmal versprach, daß so etwas nicht mehr vorkommen solle. Prof. Dr. Werner befanderte gutachlich, daß bei der Revision des Betriebes zwar alles in Ordnung befunden worden sein soll, daß jedoch die zur Untersuchung gesandte verriegelte Flasche Bier ein vollständig verdorbenes Genußmittel darstellte. Der Gerichtshof erkannte den Angeklagten der fahrlässigen Verletzung des Nahrungsmittelgesetzes für schuldig, hielt auch die Polizeistrafe für durchaus angemessen und erkannte deshalb auf 30 Mark Geldstrafe oder 6 Tage Gefängnis.

Schneidewitz, 14. Juli. Die Lapphosenbibemie fordert fortgesetzt neue Opfer. Bis jetzt sind 16 Todesfälle zu verzeichnen und fast täglich kommen noch einige Kranken erkrankungen vor, so daß die Zahl der letzteren über 200 gestiegen ist.

Sonnabend Sonntag Montag
Schluss-Tage des

Saison-Räumungs-Verkaufs

8711
Taucher
 Schuhgesellschaft m. b. H.

Herren-Abteilung
 Wicshl.-Zug-, Schnür- u. Schnallen-
 Stiefel sehr haltbar, jetzt **4 35**
 Boxl- u. Chevroilln-Zug- u. Schnür-
 Stiefel früher bis 8.50 **6 75**
 Braune Schnürstiefel **6 95**
 Braune Chevreaux-Schnürstiefel
 mit und ohne Lack, früher bis 11.75, jetzt **9 45**
 Lack-Stiefel- und Halbschuhe
 (früher bis 18.50, jetzt) **11 85**
 Original-Goodyear-Welt-Stiefel
 Boxzell und Chevreaux, früher 10.50, jetzt **12 90**

Damen-Abteilung
 Hochelegante Schnürstiefel u. Halbschuhe
 Modernste hochheine Ausführungen
 früherer Preis bis 21.50 18.— 18.50 14.50
 jetzt **17 65 13 85 10 90 10 65**
 1 grosser Posten
 Chevreaux- u. Box-Calf-Schnürstiefel **7 65**
 mit u. ohne Lack u. Derby, früh. bis 10.50, jetzt
 Goodyear Welt, Chevreaux-Stiefel **7 85**
 30-40 früher bis 13.50, jetzt
 Schwarze imit. Chevreaux-Stiefel **4 95**
 früher 5.50, jetzt

Sandalen
 Turn-
 Strand-
 Tennis-
 Segeltuch-
 Lasting-
 Leinen-
 Schuhe und
 Stiefel
 weit
 unter
 Preis!

Reusche-Str.
15
 Ecke Reussenohle.

Kinder-Abteilung
 Braune Schnürstiefel
 jetzt 81-85 4.90, 27-30 **4 50**
 Braune Chevreauxstiefel
 jetzt 81-85 6.25, 27-30 **5 50**
 Boxleder-Schnürstiefel
 jetzt 81-85 4.90, 27-30 **4 25**
 Haltbare kräftige Schuistiefel
 jetzt 81-85 3.25, 27-30 **2 65**

Neu eingeführt
Original Amerikaner
 Halbschuhe und Stiefel.

Für Fussleidende!
 Ortopäd. Stiefel mit eingearbeiteter Fussgelenk-Wölbung.
 Zukunfts-Stiefel mit biegsamer gepolsterter Sohle.

Am 15. dieses Monats verschied plötzlich und unerwartet meine geliebte Frau, unsere gute Mutter, Tochter, Schwester, Schwägerin und Tante, Frau
Martha Viol, geb. Pache,
 im Alter von 84 Jahren.
 Dies zeigt desbetrieht an
Der trauernde Gatte nebst zwei Kindern.
 Beerdigung: Sonntag, nachm. 2 Uhr, von der Leichenhalle des St. Salvator-Kirchhofes. Trauerhaus: Lohestr. 31. 3712

Am 12. ds. Mts. verschied nach schweren Leiden unser Kollege, der Arbeiter
Gustav Riedel
 im Alter von 44 1/2 Jahren. 3719
 Ein ehrendes Andenken werden ihm bewahren
 Die Mitglieder der Zahistelle Breslau des Verbandes der Fabrikarbeiter.
 Beerdigung: Sonnabend nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Oswitzer Friedhofes. Trauerhaus: Ottostr. 12.

Sommer-Theater (Lieblich Etabl.)
 Heute Freitag, den 14. Juli
Das Leutnantsliebchen
 Operette in 3 Akten v. J. Straub.
 Musik von Genno Sternberg.
 Anfang 8 Uhr.
 Im Programm: **Gr. Konzert.**

Viktoria-Theater
 Die wunderbarste Revue
Bei uns in Breslau
 Anfang 8. u. 10-8 Konzert.
 Bei jedem Stück im Programm.
 Jeden Freitag:
Nichttrouner-Abend.

Palmengarten.
 Wiener
Damen-Orchester
 Sondernung im
Soienrod
 Eintritt frei.

Skala
 Sommer-Theater, Theater 27
 Freitag, Sonnabend, abends 8 1/2 Uhr:
 nur noch wenige Aufführungen
Das Warenhaus-Fräulein.
 Ein Schicksal aus der Geschichte
 in 3 Akten von
 H. Schlingensiefel u. R. Popper.
 Sonntag, den 16. Juli
Letzte Sonntags-Vorstellung
 im Rahmen des Festivals des
 Warenhaus-Fräulein.
 Eintrittspreise im Rahmen des
 Festivals des Warenhaus-Fräulein.

Fahrräder
 in denkbar grösster Auswahl
 zu allerbilligsten Preisen
Spezialität: Viktoria
 Arbeiter - Strapazier - Rad
 allerersten Ranges
 mehrjährige schriftliche Garantie.
 Gleichzeitige empfehle ich die in
 meiner eigenen Werkstatt
 reparierten
**Stabil-Fahr-
 räder**
 auf Rennbahnen und Strasse soll
 Jahren bestanden erprobt.
Reparaturen schnellstens u. zu
 kleinsten Preisen.
 Bei rascher Abgabe von 15 Mk. an
Fritz Killmann
 Grünshenerstr. 29
 Telefon 4084
 Schriftliche Preisliste sowie Prospekt
 aller Fabrikate stets am Lager.
 (Siehe Bezugsquellen-Verz.)

Nur einmal im Jahre! Nur fünf Tage!
Grosser Saison-Räumungs-Ausverkauf
 Auf sämtliche reguläre Waren **10 %** Rabatt. 3708
 In allen Abteilungen sind grosse Posten zurückgestellt, welche mit
25 %, 35 % und 50 % unter regulärem Preis verkauft werden.
 Der frühere feste Verkaufspreis ist auf jedem Stück deutlich vermerkt.
Max Silbermann
 Waldenburg i. Schl., Charlottenbrunner Str. 16/17, ptr. u. l. Et.

Konsum-Verein Gottesberg u. Umgegend (e. G. m. b. H.)
 Sonntag, den 23. Juli, nachmittags 2 Uhr,
 im Hotel „Glück auf“, in Gottesberg:
Ausserordentliche Generalversammlung
 Tagesordnung:
 1. Bericht des Vorstands. 2. Bericht über unsere Finanzen. 3. Ergänzungswahlen
 des Vorstands. 4. Prüfung der Bilanz über die Abrechnung der letzten Periode und
 über die Bildung der Reserve und des neuen am 1. Juli 1924. 5. Antrag
 im Hinblick auf die Vermögenslage des Vereins betreffend den Kauf von Grund-
 6. Sonstige Vorschläge und Beschlüsse.
 Zur Teilnahme an dieser Versammlung sind alle Mitglieder des Vereins
 aufgefordert. Die Versammlung beginnt um 2 Uhr. Der Vorstand
 des Vereins
 Der Vorsitzende Der Schriftführer
 Hermann Engel

Neumarkt 45. 1261
Arbeitshosen.

 sehr dauerhaft nur bei
Gustav Knauerhase.
 Inhaber Oskar Dehmel,
 Neumarkt 45. — Gegr. 1883.

Photographisches Atelier!
 Emil Schroeder
 Tel. 8954
 Franz Kolonko, Friseur, Neue Taubentstr. Nr. 78.

Friseurgeschäft
Günther & Otto
 Rohtabakhandlung
Breslau, Reuschestr. 51
 (Nicolapassage)

Ruba-Seife
 Beste Hauswaschseife, unerreicht an Güte.
 Ueberall erhältlich.
 Fabrikant Rudolph Balhorn, Breslau.

Uhren, Ketten, Ringe, Broschen, Ohrringe etc.
MAX Frenzel, 39 Friedrich-Wilhelmstr. 39
 Filiale unterhalte ich nicht.

Haus- u. Küchengeräte sowie kompl. Einrichtungen,
 Werkzeuge für Maurer, Zimmerer und Tischler
 kaufen Sie recht und billig bei
Paul Hauschild jr.,
 Eisenwarenhandlung,
 Nr. 102, Friedrich-Wilhelmstr. Nr. 102.

Zeltgarten
 Nur noch 2 Abende
 die glänzenden
Spezialitäten.
 Eintritt 10 Pf.

Anzüge, etc. etc.
Friedrich Wildenten
 C. Valentin, Raczmarkt 2.

Versand-Haus
 hygienischer
Gummi-Artikel
A. Kindler, Breslau I.,
 Junkernstr. 4.
 Gegründet 1870.

Spülspritzen
 Irrigatoren, Leibbinden,
 Monatsbinden und sämtlichen
 Gummiwaren.
40jährige Erfahrung
 dieser Branche.
 Katalog gratis und franko.
 Warnen vor Ankauf falscher, wertloser
 Nachahmungen. 2924

Kürschner.
 Ein jüngerer Kürschnergehilfe wird
 aufgenommen. Sonnenstr. 6. 111. 3707
 Gebr. Kinderwagen zu Carl Friedrich-
 str. 60. 11. 6. 2. 3708

Wer
 ohlfeil
 irrlisch
Möbel
 rechte und
 gute
 kaufen-will, komme nur zu
Siegfried Brieger
 Kupferstr. 24.
 Gegründet 1888. Telefon 9177
 Zahlung nach Vereinbarung.
 Preisliste gratis und franko.

Eduard Bernstein:
Die Grundbedingung
des Wirtschaftslebens.
 Preis 20 Pf.
 Buchhandlung Volkswacht.

Ballhaus Neue Welt
 Pöpelwitz-
 str. 23.
 Morgen Sonnabend: Garten-Freikonzert u. Eisbeineffen.
 Sonntag: Blumen-Koncert. Glom Drollh. [3716] Ergeben H. Wikulle.

Arbeiter - Radfahrer - Verein „Matglöckchen“
Nieder - Hornsdorf
 Sonntag, den 16. Juli:
Grosses Sommer-Vergnügen (mit Regen-
 im Hotel Glückhoff.
 Anfang abends 6 Uhr. — Alle Genossen sind
 herzlich eingeladen. [3709] Der Vorstand.

Sommer-Schlussausverkauf!
Herrenhüte — Mützen
50% Panamahüte 50%
 Preisermässigung auf alle Waren
Herren-Hut-Fabrik.
 Niederl. 3718
Schmiedebrücke 17/18,
 Ecke Kupferstr. 6.
 Filiale: Adalbertstr. 6.

Der Wert der Gewerkschaften.

Die gewerkschaftlichen Organisationen bezwecken die Befreiung aus der wirtschaftlichen Abhängigkeit.
Die gewerkschaftlichen Organisationen verkürzen die Arbeitszeit und verlängern das Leben.
Die gewerkschaftlichen Organisationen steigern die Löhne und vermindern den Hunger.
Die gewerkschaftlichen Organisationen fördern die Aufklärung und kämpfen gegen die Finsternis.
Die gewerkschaftlichen Organisationen entwickeln die Mannhaftigkeit und stellen das Schleichertum auf.
Die gewerkschaftlichen Organisationen stärken die Brüderlichkeit und erzielen das Zielbewußtsein.
Die gewerkschaftlichen Organisationen erziehen zur Freigebigkeit und bekämpfen den Geiz.
Die gewerkschaftlichen Organisationen verbreiten die Solidarität und vertreiben den Kastengeist.
Die gewerkschaftlichen Organisationen streben nach Recht und schaffen das Unrecht ab.
Darum sollen die Lohnarbeiter organisiert sein.
Denket an die Vergangenheit und rechnet mit der Zukunft. Soll wissen, wo er zu stehen hat.
Bereitigt euch und agitiert für euer eigenes Best.
Wartet nicht auf morgen, denn morgen kommt wieder Not.
Lästert nicht die Indifferenten, sondern erweckt sie zum Bewußtsein.
Glaubt nicht, daß es uns unmöglich ist, uns aus dem Joche zu befreien, die Macht der organisierten Arbeiter beweist das Gegenteil.
Verzagt nicht an unserem Streben, dann werden wir liegen.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 13. Juli.

Geschichtskalender.

15. Juli.

- 1606 Der niederländische Maler Rembrandt.
- 1862 Der Dichter Lubovia Sulda.
- 1899 Der sozialistische Utopist Proudhon.

Der Nachruf des Zentralorgans.

Auch der „Vorwärts“ widmet unserem verstorbenen Genossen Louis Cohn einen längeren Nachruf, den wir hier wiedergeben, weil er eine Fülle unbekannter Einzelheiten aus der Geschichte der Breslauer Arbeiterbewegung enthält. Es heißt in dem Artikel unseres Berliner Parteiblattes:

Der Nestor der Sozialdemokratie, Kaufmann und Zeitungsvorleger Louis Cohn ist gestern, 89 Jahre alt, in Breslau gestorben. Cohn ist sehr spät der Partei als Mitglied beigetreten, trotzdem ist mit seinem Leben ein gut Stück Parteigeschichte verbunden. Louis Cohn, der wegen seiner rastlosen „Wählerarbeit“ für die demokratischen Ideen, in Breslau allgemein „Der Wähler Cohn“ genannt wurde, hat bereits 1848 als Kämpfer auf den Barricaden und auf der damaligen äußersten bürgerlichen Linien gestanden. Seine politische Haupttätigkeit fiel in das letzte Jahrzehnt des vorigen Jahrhunderts. 1866 kam es innerhalb der Breslauer Fortschrittspartei zu offenen Differenzen, als die „Demokraten“ Dr. Julius Stein und Dr. Moritz Eisner eine Petition an den König vorlegten, Deisterreich den Krieg zu erklären. Louis Cohn und eine Anzahl anderer wirklicher Demokraten erklärten sich mit größter Entschiedenheit gegen diese Petition. Da Louis Cohn sah, daß das Bürgerium die demokratischen Ideen immer mehr verlor und in großen Scharen ins nationalliberale Lager

abschwankte, so veranlaßte er, daß eine Anzahl Breslauer Arbeiter im Januar des Jahres 1867 eine Arbeiterversammlung einberief. In dieser Versammlung war von Sozialdemokratie noch keine Rede. Die Arbeiter fühlten aber bereits instinktiv, daß sie politisch entrechtet und wirtschaftlich ausgebeutet werden. In dieser Versammlung trat zum ersten Male ein sozialer Genosse, Sattler Julius Krüger, weitland Reichstagsabgeordneter für Breslau, als Redner auf. Derselbe sowohl als auch den anderen Arbeitern, die als Redner auftraten, dämmerte wohl etwas vom Arbeiterklassenkampf, die Anschauungen waren aber noch sehr unklar. In dieser ersten Breslauer Arbeiterversammlung wurde beschlossen, einen „Breslauer Arbeiterverein“ zu gründen. Maschinenbauer Julius Scheil, der auch schon lange der fühle Rufen des Vorwärters und Louis Cohn zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. Der Breslauer Verein war wohl nicht sozialdemokratisch, aber ganz entschieden demokratisch; er wurde von dem „liberalen“ Kuratörverein sehr bald mit großem Mißtrauen angesehen. Als nach dem deutsch-österreichischen Kriege das Ministerium Bismarck für die Kriegsausgaben Indemnität im Preussischen Abgeordnetenhaus verlangte, da trat bekanntlich der alte Demokrat Dr. Johann Jacoby in einer ewig denkwürdigen Rede mit größter Schärfe gegen den Antrag auf; er war der einzige Abgeordnete, der gegen den Antrag sprach und stimmte. Der Breslauer Arbeiterverein stellte sich aber sofort in einer Erklärung rüchhaltig auf seinen Jacoby. Die bereits erwähnten Demokraten Dr. Stein, Dr. Eisner und Genossen, die in dem Breslauer Arbeiterverein hinstreben Vorleser gehalten, erklärten, daß sie zwischen sich und dem Breslauer Arbeiterverein das Nichtigste geschieden müßten. Louis Cohn stand jedoch fest und ließ sich nicht durch Jacoby. Erst im Spätsommer 1868 kam Friedrich nach Breslau. Derselbe gelang es, zu bewirken, daß der Breslauer Arbeiterverein aufgelöst und eine Mitgliedschaft des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins in Breslau begründet wurde. Louis Cohn trat dieser Mitgliedschaft nicht bei, er blieb aber in steter geistiger Fühlung mit seinen einstigen Freunden. Da das Bürgerium in Breslau immer mehr nach rechts abwich, so wählte er sozialdemokratisch. Unter dem Sozialistengeist hat er vielen ausgewiesenen Genossen geholfen. Er ist auch sonst ungemein wehrhaft gewesen. Mitte der 1880er Jahre wurde er von sozialdemokratischen Neugenen wegen Majestätsbeleidigung demingiert und von Breslauer Richtern zu einem Jahre Gefängnis verurteilt. Seine demokratische Gesinnung soll damals erschwandert ins Gewicht gefallen sein. Die lange Gefängnisstrafe, die Cohn im späten Alter erlitt, hat naturgemäß auf seinen Gesundheitszustand sehr ungünstig gewirkt. Als Cohn aus dem Gefängnis kam, hat er sich unserer Partei angeschlossen. Er ist im Jahre 1904 auf dem Bremer Parteitag als Delegierter für Breslau erschienen. Mit dem alten, braven, erlichen „Wähler Cohn“ ist ein gutes Stück Breslauer Parteigeschichte dahingegangen. Die Breslauer Parteigenossen werden zweifellos sein Andenken in Ehren halten.

Die „Breslauer Gerichtszeitung“ erzählt noch einige persönliche Züge aus dem Leben des entschlafenen Genossen, die auch unsere Leser interessieren werden:

Sein höchstes Glück war Wohlthun und aus diesem Grunde ist er mit leeren Taschen aus der Welt geschieden. Das war ihm eine Lust, wenn er recht viel Kleingeld bei sich trug und dann durch die Straßen spazieren und diese Münzen verstecken konnte. Hier kam ein kleiner Kaskobinder schwer beladen dahergeschlichen und blickte im Vorbeigehen mit heiligem Schreckensverlangen in das Schaufenster einer Wursthandlung. Schon war Papa Cohn bei ihm, und schon drängte er das verunordnete Kerlchen in den Laden. Geben Sie diesen Schlemmer ein Stück Wurst und eine Semmel dazu! ... Eine Blase und fränkisch aussehende Arbeiterfrau kam mit ihren kleinen Kindern des Weges. Ehe sie wußte, was ihr gescheh, hatte sie „etwas für die Kleinen“ in der Hand. Alle Zeitungsträgerinnen, gleichviel, welche Zeitungen sie austragen, gaben ihm als Verwunderung und somit als Fremdbildner, und wo er eine sah, lief er hin, übersteig freundschaftlich mit ihr und beachtete sie. Wenn ging er abends durch die Schulbrücke weil er dort immer verlorene Menschenkinder antraf, die Unterkunft im Asyl für Obdachlose suchten, und er suchte sich selbst, wenn er es ihnen durch silberne Gaben ermöglichen konnte, in einem weichen Federbett zu schlafen. Durch zuverlässige Kundschafter, die mit seinen Obervergewohnheiten vertraut waren, erfuhr er es, wenn irgend ein armer Schlucker, oder eine arme Witwe eine kleine Geldstrafe aus Mangel an Mitteln in der „Schmerzhaften Mutter“ erhalten sollte. Flugs war er dort und erlegte die Strafe. So war Papa Cohn ge-

artet, und solche Geschichten ließen sich in Menge von ihm erzählen. Während drollig war es, wenn er leichtsinnigen Menschen, die gern dem süßen Müßiggang huldigten, Verdienst und Brot schaffen wollte, wenn er ihnen Beschäftigung gab, und wenn sie dann, auf seine Gütmütigkeit rechnend, zur Unzeit um Vorschuß bitten kamen. Schroff wies er sie in der Expedition ab, hielt ihnen eine derbe Moralpredigt und ließ sie ziehen. Sobald sie aber draußen waren, schlich er ihnen nach, war mit einem Male freundlich und gab ihnen aus seiner Tasche, was sie verlangt hatten. Dabei setzte er ihnen auseinander, daß drinnen im Geschäft auf Ordnung gehalten werden müsse, und daß Vornahme nicht geduldet werden könnten.

Unsere rhetorische Frage, ob wohl das Breslauer Fortschrittlerium heute noch des Mannes gedenkt, der die linksliberale Kommunalpolitik begründet hat, hat ihre Beantwortung gefunden. Sowohl die hiesigen Organe der Fortschrittlichen Volkspartei, als auch die „Freisinnige Zeitung“ und andere liberale Organe Berlins haben dem Verstorbenen ehrende Nachrufe gewidmet.

Montags-Rahenjammes über den Festwochen-Nummel.

Reichlich post festum kommen die „Montags-Nachrichten“ — ein Ableger der „Schlesischen Morgen-Zeitung“, der sich dadurch wahrscheinlich ins Verebe bringen will — mit einer Kritik der nun längst festlich entschlafenen Festwoche, die der Breslauer Geschäftswelt eher Schaden als Nutzen gebracht habe. Es heißt in dem komischen Raubertwelsch des ungelieferten Blattes:

Wir haben in unserem Blatte der Festwoche auch ihren Namen gewidmet. Als zeitgenössische Berichtshatter konnten wir an diesem Ereignis — dem ganz Breslau in nun clumel daran beteiligt — nicht vorbeigehen. Allerdings haben wir den Nummel nicht mitgemacht, den andere Zeitungen mit diesem nun im besten Nachhange lebenden Unternehmen treiben, als wäre diese Festwoche der Gipfel moderner, vielleicht gar noch künftigerer Volkunterhaltung. Wir sind sogar so feierlich, das darf man natürlich vor geistlichen Kreisen ohne den verächtlichen Seitenblick abzubekommen, nicht anzusprechen —, der Festwoche die Daseinsberechtigung abzusprechen, mindestens ihr Dasein unter dem Aushängeschild, das ihre Gründung vorangetragen wurde und noch heute ihr dienen soll. Das ist nämlich der eine Punkt, der uns veranlaßt, hier in Sachen Festwoche zur Feder zu greifen.

In der letzten Stadtratsversammlung, in der es sich um den Bau der Jubiläumshalle auf der alten Schützinger Wiese handelte, legten sich zwei Stadtvorordnete der linken Seite Hoff und Schmidt, für den Hallenbau mit dem Hinweis an die Festwoche der Fremdenverkehrs- so Bedeutendes geltend zu machen. Die Festwoche als Anziehungspunkt für Fremde war dabei die Festwoche noch ausgerechnet, wieviel die Festwochenüberschüsse eingebracht hätte, die der Stadt zur Verfügung gestellt würden. Hier schickten sich eine Menge Vertreter dazu, die die neue Festhalle wirklich den Fremdenverkehr nach Breslau ziehen wird, ist doch noch sehr fraglich. Gewiß werden hier einige große Tagungen stattfinden, sobald die Festhalle stehen wird. Zum Beispiel einer der nächsten sozialdemokratischen Parteitage. Das einzige dieser Meetings der internationalen Noter war 1895. Das ist also lange her, und die Drogenossen sind ja pelunior gar nicht schlecht bestellt. Sie bringen Geld mit, das sie hier verzerren. Viele von ihnen verkehren auch in den feinsten Restaurants der Stadt, schon um, wie „Genosse“ Wolfgang Senke und der Schmeißerlehre Bickel, „Genosse“ Krons nicht allzuletzt mit dem Föbel in Verbindung zu kommen. Aber die Geschäftswelt Breslauer wird bezüglich wenig davon haben. Aber wir müssen doch, wie der Breslauer Verein zur Behebung des Fremdenverkehrs, etwas Sozialpartikularismus treiben und uns fragen: Wieviel Geld kommt nach Breslau durch die Festwoche? Der diese Nachschau ist fürstbare Portionen verüßen, um seinen langen Leib zu fassen“ und das müssen doch frische Cerealien und Fleischführung aus der Nähe von Breslau oder aus Breslau selbst sein. Das kann er doch nicht alles aus Ausland, oder aus Sachsen beziehen. Oder nach anderer Fragestellung: Wieviel Fremde hat die Festwoche an den Oberstrand

Aus aller Welt.

Die Waldbrände in Kanada. Die Waldbrände in Kanada, denen bereits zahlreiche Personen zum Opfer gefallen sind, beginnen sich immer weiter auszudehnen. In den Bergwerksdistrikten um Cochrane und Nord-Ontario wüten sie besonders stark. Fünf kleine Bergwerksorte und eine Anzahl von Lagern sind verbrannt. Hunderte von Menschen sind obdachlos und hängen sich auf die Stadt Cochrane, wo es bereits an Unterkunft und Nahrungsmitteln fehlt. Eine große Anzahl von Leuten ist in den Flammen umgekommen. Der Tod von 25 Bergleuten ist bereits festgestellt. In den Lagern lebten 1800 bis 2000 Leute.

Nach den amtlichen Feststellungen sind bei den Waldbränden an der Strecke der Zweisamung und Northern Ontario-Bahn 50 Personen umgekommen und über 200 verletzt. Die ganze Stadt Cochrane, sowie die südlich gelegenen kleinen Städte Porcupine und Vorkville im Goldminengebiet sind zerstört. Hunderte von Menschen sind gezwungen, vor der übergroßen Hitze zu fliehen; infolge der Hitze breitet sich das Feuer mit außergewöhnlicher Schnelligkeit aus. In Porcupine wurden, als der Brand am Ärgsten wüthete, 600 Personen vom Feuer in den See getrieben, an dem die Stadt liegt, und der schon dicht an Ufer eine beträchtliche Tiefe besitzt. Zweihundert Personen sind ertrunken. Von North Bay bis Porcupine herrscht in einer Ausdehnung von 200 Meilen ein einziges Flammenmeer. Alle Kohlenfelder vom Dome bis Whinney sind ausgebrannt. Der Himmel ist von großen Rauchwolken bedeckt. Männer, Frauen und Kinder sind den See und den Wasserläufen nach geflohen. Flüchtlinge von Porcupine und von Vorkville haben Zuflucht in Golden City gefunden. Die Vorstädte von Golden City sind völlig niedergebrannt. Lebensmittel sind kaum vorhanden. In der völlig zerstörten Stadt Cochrane, die 3000 Einwohner zählte, ist nur das Gebäude der Imperial Bank stehen geblieben. Frauen und Kinder haben sich in leerstehende Güterzüge gerettet. Die Hitze war jedoch so groß, daß eine ganze Anzahl von Personen erstickt ist. Die Einwohner sind ohne jede Nahrung und Unterkunft und müssen in Güterwagen übernachten. Alle Straßen, die durch die Wälder führten und alle Brücken sind vernichtet. Fast sämtliche Befestigungen mußten von ihren Bewohnern verlassen werden. Eine große Panik entstand in Tawas City als die Flammen in die Stadt einströmten. Viele Frauen und Kinder fielen in den Straßen ohnmächtig nieder. Andere flüchteten sich in die Kirchen und öffentlichen Gebäude, die aber auch bald von den Flammen umzingelt waren. Dreihundert Personen wurden an Bord eines

Dampfers genommen, der gerade im Hafen von Oseoda lag, und den Flammen an der Duroine entführte. Vom Schiff aus beobachteten die Leute, wie ihr Bestium in Flammen aufging. Fräulein Doris Diamond, eine der Ueberlebenden, vom Jroquois-Theater in Chicago, erzählte, daß der Unheil in den brennenden Straßen ein furchtbarer war. Männer, Frauen und Kinder seien tot niedergefallen. Zahlreiche Ultern wuschen ihre Kinder in die Arme des Huronsee, um sie vor dem Brande zu retten. Auch in dem Distrikt von Alpena, 60 Meilen nördlich von On Sable, ist Feuer ausgebrochen. **Alte kleine Städte am Huronsee sind völlig eingeeäschert** worden. Der Schaden ist noch gar nicht zu übersehen.

Prähistorische Funde in der Umgegend von Berlin. Bei Woltersdorf im Kreise Niederbarnim hat Hermann Busse kürzlich an der Klein-Schönebecker Grenze ein Grabfeld entdeckt, das von der älteren bis zur jüngeren Bronzezeit benutzt wurde. 98 Gräber grub er aus, die 568 Tongefäße und den Nischenbrand von 136 Menschen enthielten. Die Busse in der prähistorischen Nachsicht der Berliner Anthropologischen Gesellschaft berichtet, gehörte der 1319 als Slawisch-Woltersdorf zuerst geschichtlich erwähnte Ort von 1487 bis 1859 der Stadt Berlin, die das Rittergut dann für 186 000 Mark verkaufte. Die Gegend ist von der Steinzeit an bewohnt gewesen, was Steinbeile und Feuersteinmanufakturen beweisen. In den Kreisen der ausgegrabenen Gräber befanden sich 17 Ringe und verschiedene Bronzefragmente. Aus einem schon früher bekannten Grabfeld auf dem Spritzenberge gelang es Busse, noch einige Gräber aufzufinden, die nach den dort gemachten Funden der jüngeren Bronzezeit angehören. Aus der römischen Kaiserzeit stammt ein Grabfeld am Bauersee. Auf dem Woltersdorfer Kirchhof sind verschiedene Gefäße und Eisenachen aus slawischer Zeit gewonnen worden. Dagegen finden sich weder dort noch sonst im Kreise Niederbarnim und Oberbarnim, Lebus und Westflor-Storkow Funde aus der La-Tène-Zeit. Daraus schließt Busse, daß die von Tacitus erwähnten Semnonen, die zwischen Elbe und Oder geflohen haben sollen, in diesen Kreisen nicht gewohnt haben. Die bronzeitlichen Grabfelder gehören dem ost-aermanischen Volke an, das von 1200 bis 600 v. Chr. hauptsächlich die Lausitz bewohnte und bis nach Polen und Schlesien sich ausgebreitet hat. Endlich besprach Busse noch einige Wohnplätze, die im Rosengarten von Klein-Schönebeck und beim Rittersdorfer Seeab gefunden wurden und aus Gruben mit Herden bestanden, in denen Tonscherben, Tierknochen und Lehmstücke zutage kamen.

Bestige Gewitter. Bestige Gewitter und Hagelschläge, die gestern den ganzen Tag herniedergingen, haben im Herzogtum Sachsen-Coburg-Gotha unvorhergesehenen Schaden anrichtet und die

Fluren weit und breit arg verwüstet. In dem Dorfe Wiensfeld hat der Hagel zwei große Wohnhäuser mit sämtlichen Nebengebäuden vollständig eingeeäschert. — Im Kreise Danau am Main hat ein heftiges Unwetter mit orkanartigem Sturm und schwerem Hagelschlag den gestrigen Nachmittag durch mehrere Stunden mit großer Heftigkeit gewüthet. Mehrfach schlug der Hagel ein und zündete. Der angerichtete Schaden ist sehr groß. Gewanere Meldungen aus den einzelnen Orten liegen noch nicht vor.

Niedergebranntes Mehldepot. Im Lager zu Schottnitz (England) brannte gestern das Mehldepot der Trainkaserne ab. Der Brand dehnte sich reißend schnell aus und das ganze Depot stand trotz der Spritzen, die sofort eingriffen, bald in hellen Flammen. Die Lagerprisen sowohl als auch die Wehren der Umgebung arbeiteten stundenlang wie verzweifelt am Löschungsversuch, um die ungeheuren Mehlvorräte zu retten. Auch Militärabteilungen wurden schnell zu den Löscharbeiten hinzugezogen. Es war jedoch alles vergeblich. Das vollständige Ausbrennen des ungeheuer großen Mehlspeichers konnte nicht verhindert werden. Der Schaden ist ganz erheblich. Die Ursache der riesigen Feuersbrunst ist noch unbekannt.

Zu der Explosionskatastrophe in Wirgendorf. Unschlüssig der in Wirgendorf erfolgten Dynamitexplosion treffen mit der Bahn und mit Automobilen unzählige Scharen Neugieriger ein, die den Schauplatz der Katastrophe umsehen. Das ganze Bahnterrain ist noch abgeperrt. Die durch die Explosion angerichteten Verheerungen sind gewaltig. Im Umkreis von mehreren Kilometern sind sämtliche Fensterheben zertrümmert. Kinder wurden auf der Straße zu Boden geworfen. Die Häuser in Wirgendorf sind fast alle stark mitgenommen. Die dortige Einwohnerzahl will jetzt energisch auf die Verlegung der Dynamitfabrik hinwirken, da über Unfälle bereits mehrfach Klage geführt wurde. Am Schauplatz der Katastrophe spielen sich herzerregende Szenen ab.

Selbstmord eines Universitätsprofessors. In Toulouse hat der Universitätsprofessor Molinier, einer der ersten Historiker Frankreichs, Selbstmord verübt, indem er sich in seiner Wohnung erhängte. Man fand den Leichnam noch warm, jedoch blieben die angestellten Wiederbelebungsversuche ohne Erfolg. Das Motiv des Selbstmordes ist unbekannt.

Todesstürze in den Jägen. Der Alpensport hat wieder eine Reihe von Opfern gefordert. Aus München wird dazu gemeldet: Der 60 Jahre alte, schwer hergelebende Legier Görtlich aus Potsdam wurde, als er eine Tour auf den Herzogenstand unternahm, auf halber Bergeshöhe vom Schlege gerührt. Dasselbe Schicksal ereilte im Raiterberg eine Frau.

In der Nähe der alten Dominsel gezogen? Wir haben 3 Jahre unsere Beobachtungen angestellt und die Festwochenbesucher nach ihrer Herkunft angesehen. Inwieweit, Brodau, Deutsch-Allis, die leicht auch Ostau, Brien, und die anderen Vororte waren vertreten, auch Gedächtnis, Elzrog, doch die sind ja eingebunden. Aber von welcher aus der Provinz war niemand da. Und von außerhalb Schlesiens? O du gute Welt. Sollte eine Breslauer Familie einmal von auswärts Besuch gehabt und ihn auf die Festwoche geführt haben, dann hat sie's gewiß ein zweites Mal nicht getan. Das haben wir in Dresden auf der Vogelweide aber im Lunapark — Sollte sich gar solch schnobdriger Berliner nach Breslau zur Festwochenzeit "verirrt" haben? — doch viel besser. Der biedere Breslauer Bürger packt sofort ein und zeigt am nächsten Tage dem Fremden das alte Rathaus und führt ihn dann gleich in den "Schwelmischen" runter. Das haben die andern doch nicht.

Nein, im Ernst gesprochen, mit der Hebung des Fremdenverkehrs durch die Festwoche ist es Mümpfisch trotz Wolf und Seibrich, den neugeborenen Stadtverordneten, mit ihren altbackenen Redensarten vom Fremdenverkehrsbereiten. Geld mag wohl eingekommen sein auf der Festwoche. Aber verdient haben es nur einige wenige Breslauer und auch denen ist zur Nachtzeit an Waren noch genug gelöhnt worden, und — die fremden Unternehmer. Dagegen ist eine Unmenge Geld aus Breslau hinausgetragen worden auf den Festplatz. Die Ueberschüsse des Vereins zur Hebung des Fremdenverkehrs sind lächerliche Depalorien gegenüber den enormen Summen, die den Breslauern verloren gegangen, d. h. für Nichtigkeiten ausgegeben worden sind. Und hier kommen wir zu dem ersten Kapitel unserer "Klaffen". Welche Wirkungen hat diese neueste "Finanzreform" in unserer guten Stadt Breslau? Welche und wieviele Geschäftsleute verdienen von der Festwoche? Wieviele Gästewirte haben Vorteil von dieser Veranstaltung des Vereins zur Hebung des Fremdenverkehrs? Man horche nur einmal hin, in dieser Festwochenzeit und die Tage nachher. Jeder Kaufmann kämpft und jeder Gastwirt klagt.

Und diese ollen Kamellen — die wir etwas ausführlicher wiederzugeben haben, um unseren Lesern die hilflosen Gemeinbeten über sozialdemokratische Parteitage nicht vorzuenthalten — diese ollen Kamellen bracht das Blättchen als funkelnde neue Neuigkeiten ab, wirft sich in Postur und schreibt breit und gottesfürchtig: es sei wünschenswert, daß die Tagespresse, die fortwährend Lobeshymnen über die Veranstaltung der Festwoche anstimmt, auch einmal die Schattenseiten beleuchtet. Die Tagespresse in Breslau hats bisher noch nicht getan. Zeils dieferhalb, teils dessentwegen. Aber — die "Montags-Nachrichten" tun's.

Daß die "Tagespresse" so schlecht ist, als sie hier hingestellt wird, liegt weniger an ihr selbst, als an dem gesunden Schlaf der Herren aus den "Montagsnachrichten". Die sind nur ab und zu durch den "Kummel" geweckt worden, den ihre eigenen konservativen Parteifreunde in der "Schlesischen Zeitung" um die Festwoche gemacht haben, dann aber wieder fest etgenickt. Wir möchten sie deshalb zur Abgewöhnung ihrer Ueberhebung mit der Nase auf die Lasten setzen, daß die "Vollmacht" vor drei Jahren schon, ehe die "Montags-Nachrichten" das Licht der Welt erblickten, die Festwoche wie folgt verabschiedete:

Die Breslauer Festwoche ist am Sonntag Abend ausgetanet worden. Sie hat manchen zulange gebaut. Zufrieden waren schließlich nur die "Großen" auf der Festwoche, die mit extravagantem Uebertreibungen aufwarten konnten. In arden ganzen schenken sich noch dem, was uns von vielen Seiten mitgeteilt, die Hoffnungen der Breslauer nicht erfüllt zu haben. Eines ist vor allem anderen festzustellen: Die erwarteten Fremden sind ausgeblieben. Der Spahmacher hatte nicht zu unrecht, der uns schon am dritten Tage der Festwoche mitteilte, daß als größte Attraktion, als Attraktion, nur einmal betretene Schenkwürdigkeit — "Der Fremde" vorgeführt werde. Die Einheimischen und die aus der nächsten Nachbarschaft haben jedoch ihren Mann gestellt — drücken auf der Festwoche. Dort war's an allen Tagen zum Strecken voll — während es in den Cafés und Lokalen gähend leer blieb. Zahlreiche haben wichtige Einläufe der Festwoche wegen aufgehoben oder ganz unterlassen und das Geld den auswärtigen Schaustellern zugeföhrt. Böhnenkätzchen vernachlässigen die Breslauer Geschäftsleute, daß der Löwenanteil täglich 5000 Mark, die Kuchhölzer täglich 2000 Mark, daß die Kuchhölzer mit ihren geschickten Speien und Preisen täglich über 3000 Mark eingenommen, indes sie selbst nicht einmal auf ihre Kassen kamen.

Wie gesagt, das war schon damals, als die "Montags-Nachrichten" noch nicht lebten, aber die "Vollmacht" ist dieser Ansicht durch die drei Jahre treu geblieben und

burger Touristen namens Ober. Ferner führte auf dem Jubiläumstag zum Bringen des Guldens bei Oberdorf ein unbekannter Tourist über ein Schneefeld ab und wurde im bewußten Zustande mit einem Schenkelbruch aufgefunden. — Weiter wird aus Wien gemeldet: Der Wiener Fabrikbesitzer Karl Stenauer, der vor neun Tagen den Reichstag in den Janitardr Alpen besichtig, wird seit dieser Zeit vermißt. — Der Jurist Eduard Reib bestieg am Sonntag daselbe Gebiet, und wird gleichfalls vermißt. Eine Rettungsmannschaft ist beauftragt worden, um nach den Vermißten zu suchen. Sie sind wahrscheinlich abgestürzt.

Schwerer Unfall. Im Maschinenjock der Baumwollspinnerei in Bremen ereignete sich gestern nachmittags gegen vier Uhr ein schwerer Unfall. Der Dreibriemen des großen Schwungrads an der Dampfmaschine riß plötzlich, wodurch der Druck auf das nunmehr ledig laufende Schwungrad in kurzer Zeit auf so gewaltig starker wurde, daß es unter donnerähnlichen Krachen zerplatzte. Der im Räume anwesende Maschinenführer wurde auf der Stelle getötet, ein zweiter Maschinenführer, der in Entz von entfernt stand, schwer verletzt. Die Hände und die Beine des Maschinenführers wurden glatt durchgeschlagen.

Eine Ehefrau als große Pö. Der Reichstag Japans und Amerikas nimmt kein Ende. Hat kürzlich ein japanischer Warenanwender eine Lotterie mit einem Thema als Hauptgewinn veranstaltet, so bietet jetzt die Amerikaner dieser Genart ein Paroli, indem sie eine andere Lotterie veranstalten, bei der den Hauptgewinn — eine Ehefrau bildet. Japans eine lässliche Frau, und der Glanz der Feier wird die Verlobung einer jungen, hübschen, 20jährigen Dame sein, die sich — vielleicht ein wenig leichtfertig — bereit erklärt hat, dem Gewinner zum Heirath zu folgen. Wer das Glück hat, kann diese Frau billig heirathen, denn das Los kostet nur 50 Cent, und die Hochzeitfeier, die Hochzeitsreise und die Ausstattung werden dem Gewinner von der Lotterie aus bezahlt. Der New York "American" berichtet, daß bereits ein widerwilliger Amerikaner die Lotterie bezogen, und das Komitee wird mit Aufträgen von dementsprechenden Bewerber, die alle wahr oder minder prächtige höhere Assistenten begehren. "Hat das Komitee immer geachtet, um sich zu erweisen?" "Kann sie denjenigen machen?" "Sollte man nicht noch eher für eine Ehefrau?" "Und wie die Fragen alle lauten. Aber das vorjährige Komitee befragt sich in seiner Besprechung darauf, den eifersüchtigen Lotteriegewinn zu verweigern, daß das große Los, die hübsche Braut gelobt ist."

bei ein wenig Ehrlichkeit hätte der brave Mann, der so viel aus den Reden von Wolff und Seibrich zu erzählen weiß, sich doch erinnern müssen, daß in derselben Sitzung der Stadtverordnete Genosse Schütz das Wort ergriff und etwa folgendes ausführte:

Es wird gewünscht und angestrebt den Fremdenverkehr zu heben. So verbienst es die Tätigkeit jener Herren auch genannt werden muß, die seit drei Jahren die Festwoche arrangieren, aber der Zuzug von kaufkräftigen Fremden wird dadurch nicht gefördert. Es kommen bei solchen Veranstaltungen eine Menge Bewohner der umliegenden Ortschaften nach der Stadt um sich zu amüsieren, die se aber besten meistens so wie so einen Teil ihrer Bedürfnisse am hiesigen Orte.

Der Vorteil derartigen Schaustellungen kommt nur den von auswärts kommenden Geschäftsleuten zugute, bei gutem Wetter kommen auch die Inhaber der großen Biergärten auf ihre Rechnung. Aber ich frage sie, die in der Stadt Geschäfte besitzen an, welchen Vorteil haben sie von derartigen Veranstaltungen? So gut wie gar keinen.

Wie man sieht, der Bruder aus den "Montags-Nachrichten" hat nur abgeschrieben und ausgesponnen, was die Sozialdemokraten gesagt und geschrieben. Nach der Parole "Frei, frei, fromm, froh", geht er nun ins Land hinaus, verkündet es als seine alleinige patriotische Weisheit und will kleine Geschäftsleute damit lapern. Aber dazu kommt er zu spät. Die Dummen werden zwar nicht alle — aber weniger werden ihrer doch!

Im Anschluß daran aber sei auch einmal hervorgehoben, was Genosse Schütz in der betreffenden Sitzung der Stadtverordneten anführte, um den Ueberschub von Festwochen und Festhallen darzutun. Er sprach zur Frage der Verzinsung der Halle und führte dabei an: "Ich bin überzeugt, daß die Stadt ihr Opfer bringen müssen. Aber hat die Stadt nur das Recht und die Pflicht, Einrichtungen zu schaffen, welche sich voll verzinsen? Nein, die Stadt hat Pflichten, welche weit darüber hinausgehen. Wir bewilligen alljährlich Mittel für Kunst und Wissenschaft und des öfteren haben wir von Sachverständigen gehört, daß Breslau in dieser Beziehung hinter anderen Städten zurückgeblieben ist. Wir werden also noch manches nachzubolen haben und größere Aufwendungen für diese Zwecke machen müssen, wir haben eben für die Sünden unserer in dieser Beziehung recht engbergig und kurzfristig gewesenen Vorfahren zu büßen. Wir haben ein Kunstmuseum, das bringt uns herzlich wenig, wir bauen Brücken mit denen wir uns sehen lassen dürfen, was bringen uns diese? Gar nichts. Sehen wir uns die neuen Straßen der Stadt an, die aus bestem Material hergestellt, einen prächtigen Eindruck machen, verzinsen sich diese? Nein, und doch bauen wir sie im Ullgemeininteresse. Das und vieles andere müssen wir im Interesse der Stadt, alle diese Einrichtungen kommen den Bürgern der Stadt in anderer Form wieder zugute. — Von diesem Standpunkt betrachtet, wird sich eine reichliche Verzinsung der Festhalle, allerdings nicht dem Stadtsäckel, aber den hiesigen Gewerbetreibenden zugute kommt. Früher haben die schlesischen Sängervereine abwechselnd in Breslau, Liegnitz und Görlitz stattgefunden, jetzt, wo Görlitz im Besitze einer Festhalle ist, werden diese nur noch dort abgehalten. In Zukunft, wenn wir im Besitze eines geeigneten Lokales sind, dürfte abwechselnd diese Veranstaltung auch hier etabliert werden. Und solcher Argumente ließen sich noch eine ganze Reihe anführen."

Das ist die andere Seite der Sache, aber — mancher lernt's nie. Wir werden auch die Montagschreiber kaum bekehrt haben.

Arbeiter als Armenpfleger.

Die Sitzung der Armen- und Waisenpfleger aus dem Kreise der Arbeiter, die Donnerstag im Gewerkschaftshaus tagte, war verhältnismäßig sehr gut besucht, denn von den hundert Personen, die überhaupt eingeladen werden konnten, waren mehr als vierzig erschienen. Den einleitenden Vortrag hielt Genosse Reulrich.

Er wies zunächst darauf hin, daß es schon lange der Wunsch der beteiligten Armen- und Waisenpfleger ist, Zusammenschlüsse zu veranstalten, die eine Aussprache über das große Gebiet der Armenpflege bringen und dazu beitragen, daß jeder sein Amt recht gut ausführen kann. Denn es gibt doch mancherlei zu beachten, wofür der Redner dann im einzelnen die Nachweise erbrachte. Gewiß, jeder Armen- und Waisenpfleger bekommt mit seiner Bestallung eine Anleitung mit vielen Paragraphen und Formularen. Aber die Paragraphen sind und bleiben doch die Erfahrungen des wirtlichen Lebens. Genosse Reulrich zeigte an den Bestimmungen der Anleitung, was besonders wichtig ist und wie die Pfleger bemüht sein müssen, ihre Pflichten gewissenhaft zu erfüllen. Er bedauerte auch, daß immer noch so wenig Armenpfleger aus dem Kreise der Arbeitergewerkschaften kommen. Von mehr als 200 Armenpflegern sind nach einer Statistik des Magistrats 100 Arbeiter, also nur 5 Prozent. Die Gewerkschaften und Parteigenossen sollten mehr als bisher zur Hebung des Armenpflegers bemüht sein. Jetzt sind unter den Armenpflegern viele hundert von Kaufleuten, Hausbesitzern, Bäckern, Metzger, Fleischhauer, Schreibern usw., die im armen Menschen nicht selten nur eine unangenehme Last sehen und ihn danach behandeln. Da ist es wohl angebracht, recht viel Arbeiter als Armenpfleger zu bestellen, die die Not des Volkes aus eigener Anschauung kennen. Die Arbeiter wollen auch kein großes Geld und keine Unterhaltungen, wo sie nicht nötig sind; aber die Hilfe soll, was ja auch in der Anleitung gesagt wird, voll eingebracht, wenn die Not erwieben ist.

Die Ausführungen des Genossen Reulrich wurden beifällig aufgenommen und die Aussprache betraf, daß solche Zusammenschlüsse wirklich nötig sind. Die neuen Delegationsredner begrüßten alle den Versuch, den Armenpflegern Gelegenheit zu belehrenden Sitzungen zu geben, und wünschten, daß sie recht oft veranstaltet werden. Es war in der Tat erfreulich zu sehen, wie ernst und sachlich die Armenpfleger ihre Erfahrungen austauschten und dabei verschiedene Vorschläge vorbrachten. Ein Redner sagte darüber, daß in den Armenkommissionen nicht parlamentärisch genaug verhandelt wird. In anderen Fällen werden, wenn es sich um Stillprämien handelt, überaus reichliche Ermittelungen angestellt, die gerechtfertigt sind. Der Direktor eines Armenbezirks ließ vor einiger Zeit ein fotografirtes Schreiben bei den Armenpflegern herumgehen mit der Anfrage, ob es sich empfiehlt, Arbeiter als Armenpfleger zu bestellen. Das hat doch höchst sonderbar nach dem, was die Armenkommissionen bereits vor Jahren an dem Gewerkschaftsrat und den sozialdemokratischen Verein wegen Vorschlägen für Armenpfleger gemacht habe.

Es wurde dann beschlossen, in Zukunft die Sitzungen der Armenpfleger regelmäßig abzuhalten. Zur Unterstützung und Leitung der Zusammenkünfte wählte man Buchhalter Kujche als Obmann, zum Stellvertreter Richter Freischer, als Schriftführer wurde Buchhalter Sedalje gewählt.

Der Wehrbruch der Reichswehr und seine Folgen für die Schifffahrt. So lautet das Thema, womit sich eine Schifferversammlung beschäftigte, die am Mittwoch in dem Lokale von Weill, Leubnitzstraße, tagte. Das Referat hatte der Stadtverordnete E. H. Müller übernommen, der den zahlreich erschienenen Schiffsleuten und Schiffen zunächst ein Bild ihrer sozialen Verhältnisse bot. Er schilderte ihre gemeinsame Ausnützung durch die schmerzlichen Meeresereignisse und behandelte dann eingehend die Ursachen und Folgen der Oberschiffahrt schwer schädigenden Katastrophe vom 23. Juni. Auch beim Wasserbau müßte große Sorgsamkeit angewandt werden, ebenso habe man praktische Schiffererfahrungen auf Rote zu ziehen. Redner besprach das Schicksal einer an den Minister gerichteten Petition der Schiffsleute und ersuchte die Anwesenden ihre Erwartungen nicht allzu hoch zu spannen. Eine Klage gegen den Strombauzustand sei langwierig und kostspielig, auch diese sei wenig erfolgreich, da man das Unglück auf die Wirkung von Naturkräften zurückführen werde. Auf Unterstützung der Redner beachteten die Oberschiffahrt nicht zu rechnen, denn diese würden sich hüten, sich bei den Behörden Unannehmlichkeiten zu bereiten, auf deren Entgegenkommen sie dauernd angewiesen seien. Der Redner schloß seinen sehr beifällig aufgenommenen Vortrag mit einem lehrreichen Ausblick zum Anschluß an die moderne Arbeiterbewegung.

In der anschließenden Debatte wurden von den Versammelten Mängel über die Stromverhältnisse zur Sprache gebracht. Einen solchen Uebelstand bilde gegenwärtig wieder ein Dürretroß im sogenannten Biergraben bei Pödelwitz. Das Rohr liegt zu hoch und föhrt deshalb bei niedrigem Wasserstande schwer beladene Schiffe nicht darüber hinweg. Sie müssen abbleichern, was ihnen Unkosten und Umlände verursacht. Da leichter beladene Schiffe über dem Rohr passieren können, werden die anderen bei dem späteren Durchfließen um einige Tage zurückgestellt. Diese Rohre müßten tiefer gelegt werden, denn sie würden zu einem immer größeren Hindernis, da sich das Flußbett der Oder ständig senkt. Schon vor einigen Jahren, sei eine solche Tieflegung vorgenommen worden; jetzt sei sie aber wieder dringend notwendig.

Junungen und Arbeitgeberverbände. Ueber den Beitritt von Junungen zu Arbeitgeberverbänden hat der Handelsminister kürzlich einem Regierungspräsidenten folgenden Bescheid zugehen lassen:

Ich trete Ihnen darin bei, daß durch den Anschluß einer Junung an einen Arbeitgeberverband nur die Junung als solche Mitglied des Arbeitgeberverbandes wird, und daß daher die Zahlungen und Beiträge des Arbeitgeberverbandes für die einzelnen Junungen mit a l l e r l e i n e u n m i t t e l b a r e W i r k u n g e n haben. Was die fernere Frage anlangt, inwiefern die einem Arbeitgeberverbande beigetretenen Junungen beurlaubt sind, ihre Mitglieder zur Beurlaubung der Zahlungen und Beiträge des Arbeitgeberverbandes anzuhalten, so kommen hierüber neben den allgemeinen gesetzlichen Bestimmungen die Vorschriften der Gewerbeordnung über die zulässigen Aufgaben der Junungen in Betracht. In dieser Hinsicht würde die Anwendung inwieweit welcher Voraussetzungen seitens der Junung gegen ihre Mitglieder zur Durchführung einer von dem Arbeitgeberverbande beschlossenen Uebernahme von Arbeitern mit den Bestimmungen der Gewerbeordnung über die Koalitionsfreiheit nicht vereinbar sein.

Mit diesem Bescheid des Handelsministers dürften die Schachmacher in den Junungsstellen nicht zufrieden sein, denn er macht einen dicken Strich durch ihre Rechnung.

Der Gesangunterricht in den Schulen soll geändert werden. Im preussischen Kultusministerium geht, wie es heißt, man mit der Absicht um, den Gesangunterricht an den höheren und niederen Schulen anders zu gestalten. Es wird eine Kommission einberufen werden, in der neben dem Dekanaten des Kultusministeriums Gesangslehrer und praktische Musiker vertreten sein werden. Die Kommission wird nach den großen Ferien unter dem Vorsitz des Kultusministers die erste Sitzung abhalten. Ueber die Art der Umgestaltung des Gesangunterrichts, der besonders in den Volksschulen zum Teil sehr mangelhaft ist, wird nichts mitgeteilt.

Ein Beiträger, der es besonders auf landwirtschaftliche Arbeiter abgesehen hatte, hatte sich in der Person des Stellenvermittlers Stephan v. Glomazki vor der Strafkammer in Breslau zu verantworten. Der Angeklagte besaß keine behördliche Erlaubnis für die Ausübung des Stellenvermittlungsgewerbes. Trotzdem gab er seit Dezember 1909 in hiesigen Zeitungen, besonders im "Breslauer General-Anzeiger", ein Inserat nach dem anderen auf, worin er verschiedene landwirtschaftliche Arbeiter heiderlei Geschlechts suchte. Glomazki selbst bezeichnete sich in den Inseraten immer als "ächtiger Geschäftsmann". Von jedem, der sich meldete, ließ er sich zunächst das Reisegebid schicken, das er dann für sich verbrauchte, um später nichts mehr von sich hören zu lassen. Die Anträge legte ihm weiter zur Last, eine unbenutzte Eisenbahnfahrkarte, die er einmal zurückzuführen, an die Eisenbahnbehörde eingezahlt zu haben, um den "verursagten" Jahresbetrag zurückzubehalten. Er erreichte das auch tatsächlich. Durch etwa 13 Verurteilung der geschilderten Art verschaffte er sich etwa 500 Mk. Das Urteil lautete auf 6 Monate Gefängnis und 100 Mk. Geldstrafe.

Vor Kautionschwindlern ist in den letzten Monaten oft genug gewarnt worden; aber es gibt immer wieder Leute, die sich um ihre erparten Großen betrogen lassen. Am Mittwoch war es der "Subdirektor" Otto Gebauer von der Paradiesstraße, der sich vor Gericht als Kautionschwindler zu verantworten hatte. In fünf Fällen lockte er jungen Leuten ihre Erbschaften als "Kautions" ab. Der Angeklagte richtete 1910 in der Paradiesstraße ein feines Bureau ein. Er inserierte auch fleißig nach jungen Leuten, die unter glänzenden Bedingungen für die Vertretung "hochangesehener Versicherungsgesellschaften" ein hohes Einkommen erwerben könnten. Von den Einwendern wurden dann Kautionen von 100 bis 500 Mark verlangt. Bei diesen Schwindeln wurde Gebauer durch seinen "Inspektor" Zable unterstützt. Die um ihre Erbschaften Gebetteten haben schließlich ein, daß sie einem gewissenlosen Betrüger in die Hände geraten waren und erlittenen Strafanzeige. Vor Gericht verurteilte sich Gebauer durch allerlei Erzählungen aus der Schlinge zu ziehen. Die "Kautionen" wollte der Angeklagte den Angefallenen in der besten Absicht abgenommen haben. Seine Ausreden nutzten ihm indes nichts, denn das Gericht verurteilte ihn zu sechs Monaten Gefängnis. Der mitangeklagte Zable kam mit 100 Mark Geldstrafe davon.

Keine Verlegung katholischer Feiertage. Der angekündigte Erlaß des Papstes über die Verlegung der katholischen Feiertage auf die Sonntage bezieht sich, wie gemeldet wird, nur auf Rom und findet keine Anwendung in anderen Staaten.

Formen, Kermacher und Giecherei-Gilfsarbeiter! Montag, den 17. Juli, abends 8 1/2 Uhr in der Saalstraße des Gewerkschaftshaus, Margaretenstraße 17 Franzosen-Berg am Montag. Tagesordnung: 1. Vortrag des Redakteurs Genossen Rabold über: "Die wirtschaftlichen Kämpfe der Gegenwart." 2. Branchenangelegenheiten. 3. Die Branchenleitung.

Verhängnisvolle Wette. In der Mitternachtsstunde zum 13. Juli lag ein stolz angeheiterter, aus der Kneipe heimkehrender 43 Jahre alter Bademeister wegen einer Wette auf das Abzuggerüst, das an dem Hause Perrenstraße 29/30 angebracht ist. Dem Abstieg brach eine Leiterprose, der Kletterer stürzte auf das Gerüst im ersten Stock und blieb verunglückt liegen. Ein unbekannter Mann, der vorüberging, stieg empor, um zu helfen, brach aber durch und stürzte auf den Bürgersteig herunter. Dieser Mann ist unerkannt davongegangen. Der Bademeister aber wurde im Krankenwagen ins Allerheiligen-Hospital gebracht. Da die Verletzungen nicht gefährlich waren, wurde ein Notverband angelegt und der unglückliche sehr ermüdete waghalsige Bademeister nach seiner Wohnung entlassen.

Landtagswahl in Breslau. Vor einigen Monaten ist die Wahl des liberalen Landtagsabgeordneten Dr. Ehlers vom Dreiklassenhaus in Berlin für ungültig erklärt worden, aber die Erziehung ist noch nicht ausgeschrieben. Wie die „Breslauer Ztg.“ jetzt mitteilt, soll diese Erziehung am 16. November 1911 vorgenommen werden. Vorher sind in etwa zwanzig Urwahlbezirken die nötigen Wahlmänner zu wählen.

Berichterstatter vom Gewerkschafts-Kongress. Genosse Zimmer, der dem Kongress als Delegierter der Transportarbeiter beizuhilfen, gab am Mittwoch in einer Transportarbeiter-Verammlung einen Bericht über den Verlauf und die Bedeutung des Kongresses. Zunächst schilderte er den schönen Empfang der Vertreter durch die Dresdener Parteigenossen, die alles aufgemerkt hatte, um den Kongressbeheimern den Aufenthalt in Dresden so angenehm wie möglich zu machen. Er spendete ihnen volles Lob. Dann verbreitete er sich in kurzen Umrissen über die Verammlung und betonte dabei, daß es noch nicht möglich sei, alle die wichtigen Punkte, die auf der Tagesordnung standen, ausführlich zu behandeln. Es sei nötig, daß die Kollegen die Arbeiterpresse in die Hand nehmen, die die wichtigsten Beschlüsse und Vorträge veröffentlicht hat. Darin stimme die gesamte Arbeitererschaft überein, daß der Kongress von der größten Bedeutung und die dort gehaltenen Vorträge nachhaltig und fruchtbringend für die Gewerkschaften sein werden. Im Vordergrund des Interesses stehe die einstimmig beschlossene Gründung einer Volkspartei. Die Kapitalisten sollen nicht länger die Millionen aus den Taschen von Millionen Arbeitern in die Tasche stecken können. Die Arbeiter können sich selbst eine Verbesserung für ihr Alter und ihre Hinterbliebenen schaffen und sich unabhängig vom Kapital machen. Es wird notwendig sein, in großen Versammlungen die Arbeiter über das große gemeinsame Werk aufzuklären, und es könne keinem Zweifel unterliegen, daß sie den Gedanken freudig aufnehmen werden. Von großem Werte waren auch die Vorträge von Bauer, Robert Schmidt, Sassenbach, Reichmann und wohl an wichtigsten der von Heinemann über das Koalitionsrecht. Da auf dem Kongress beschlossen worden ist, diesen Vortrag drucken und in vielen tausend Exemplaren verbreiten zu lassen, erübrigt es sich, die näheren Ausführungen Zimmers hier wiederzugeben. Nur das eine wollen wir anführen, was er über die Bestrebungen eines liberalen Strafrechtslehrers, des Professors Pitz, sagte, der nicht weniger wünscht, als d. h. den Transportarbeitern im „Staatsinteresse“ das Streikrecht einzuziehen würde. Die Transportarbeiter wären dann vollständig den Unternehmern ausgeliefert. Diese Zustimmung müßte jeden Transportarbeiter, ob Sozialdemokrat oder nicht, veranlassen, sich seinen Arbeitsbrüdern anzuschließen, um mit aller Macht gegen ein solches Ansehen zu kämpfen. Die Ausführungen fanden lebhaften Beifall. An den Bericht knüpfte sich eine rege Aussprache.

Wom Streit in der Waggonfabrik vorm. Linke. Am Dienstag haben, wie wir bereits berichteten, in der Waggonfabrik vorm. Linke in Pöpelwitz 59 Schlosser wegen zu niedriger Akkordlöhne die Arbeit niedergelegt. Zwei Tage darauf, am Donnerstag wurde den Schlossern deselben Betriebes Mitteilung Meister (Mäster) zugemutet, die Arbeit der Streikenden zu verrichten. Das wurde aber abgelehnt und es trat den darauf heute noch 80 Schlosser in den Streit. Zugang ist ferngehalten.

Wittmann, Bau- und Schlager. Sonntag, den 13. Juli, vormittags 10 1/2 Uhr, im Zimmer 2 des Gewerkschaftshauses. Tagesordnung: Ueber Tarif. Bei der wichtigsten Tagesordnung ist es Pflicht eines jeden Kollegen, recht pünktlich zu erscheinen. Die Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

Die Ortsverwaltung. **Sommertheater.** Viehichs Glabissement. Heute Freitag geht die dreitägige Operette „Das Leunantensliebchen“, von J. Siener, in Szene. — Im Garten konzentriert die Orchesterkapelle. — Morgen Sonnabend: „Das Leunantensliebchen“.

Scala (Sommer-Theater). Das Schauspiel „Das Warenhaus-Kräulein“ von Otto Popper geht heute Freitag bereits zum 14. Male in Szene und kann nur noch wenige Male wiederholt werden. Am 16. Juli ist die letzte Sonntagsvorstellung des Warenhaus-Kräuleins. Der Reinertrag dieser Aufführung fließt dem Verfasser zu. Beginn 8 1/2 Uhr.

Viktoria-Theater. Die heutige Freitag-Vorstellung „Bei uns in Breslau“ wird bei Raucherbot abgehalten. Anfang 8 Uhr. Morgen Sonnabend geht die Revue zum 75. Male in Szene. Billets täglich von 9 bis 2 Uhr im Theaterbureau.

Konzerte. Viehichshöhe. Heute Freitag konzentriert auf der Viehichshöhe die Stadttheater-Kapelle. (Wagner-Abend). Beginn 8 Uhr. — Auf dem Frieberg großes Konzert des Philharmonischen Orchesters. Anfang 8 Uhr.

Viehichshöhe. Sonnabend, den 15. Juli: Konzert der Stadttheater-Kapelle. Konzertleitung Herr Kapellmeister Rudolf Lissor. Anfang 8 Uhr. Eintritt 20 Pf.

Freikonzert im Gewerkschaftshaus. Auch am nächsten Sonntag wird nachmittags im Garten des Gewerkschaftshauses ein Freikonzert veranstaltet, dessen Besuch wir allen Gewerkschaftern und Genossen nur empfehlen können. Wer nicht nach auswärts macht, findet im Gewerkschaftshaus stets gute Unterhaltung und Bewirtung. Unser eigenes Haus haben wir zuerst zu berücksichtigen.

Fahrrad Diebstähle. Auf der Chaussee Dels-Jenkow sind drei Fahrräder „Nero“, „Orfan“ und „Phänomen“ gestohlen worden.

Ueberfahren und schwer verletzt wurde auf der Klosterstraße der 25 Jahre alte Kutcher August Schwert, Neue Tauenzienstraße 30. Er veruchte dort auf ein Kollisionsverbot zu springen, das in scharfem Trab dahinfuhr; er fiel herab und die Räder des Wagens gingen ihm über Brust, Arm und Fuß hinweg. Der Schwerverletzte wurde in einem Tragkorb ins Krankenhaus gebracht, wo sein Zustand glücklicherweise als nicht lebensgefährlich festgestellt wurde.

Ueberfahren Radfahrer. Der Vorkosthändler Paul Paendtsche, Karuthstraße 12, hatte am 12. Juli, als er mit seinem Zweirade über die Königsbrücke gefahren war und rechts einem Kohlenlastenwagen ausweichen wollte, das Unglück, mit seinem Rade zu fallen und von dem Kastenwagen überfahren zu werden; er erlitt Verletzungen im Gesicht und an einem Arme, konnte sich aber in seine Wohnung begeben, wo ihm ein Arzt die nötige Hilfe brachte.

Vermißt wird die Ehefrau Ernestine Nischling, geborene Zimmermann, seit dem 10. Juli. — Ferner wird bereits seit dem 22. Juni der 27 Jahre alte Architekt Hermann Scholz, Schleiermacherstraße 10, vermisst.

Ein Rufe mit Zuckerwaren gestohlen. Vor einigen Tagen ist aus dem Flur eines Hauses an der Fischergasse eine Rufe gestohlen worden, die 5,299 gezeichnet war und Schokoladen- und Zuckerwaren im Werte von 80 Mk. enthielt.

Ein Fleischtransportwagen, mit 200 Zentner Fleisch beladen, brach heute früh auf dem Dominikanerplatz zusammen; es mußte ein anderer Wagen herangezogen und das ganze Fleisch umgeladen werden. Der Verkehr ist aber dadurch nicht gestört worden.

Der Eigentümer melde sich. Am 12. Juli wurde ein Taschendieb festgenommen, der in der Nacht zum 10. Juli einem Ratne, der auf einer Promenadenbank geschlafen hatte, eine silberne Taschenuhr Nummer 432 mit Kette gestohlen. Der Bestohlene melde sich im Zimmer Nr. 51 des Polizeivollzugs.

Gegeben wurden ein Bund Schlüssel, ein schwarzes Portemonnaie mit Inhalt, eine Leiter, ein Irrigator, zwei silberne Perrenuhren, drei Oberhemden und eine goldene Damenuhr.

Schlesien, Posen und Nachbargebiete.

Schweidnitz, 13. Juli. Wir marschieren, trotz alledem! Nachdem in jüngerer Zeit auf dem Lande in einer ganzen Reihe von Ortschaften öffentliche Volksversammlungen stattfinden konnten, hielten am Dienstag Abend die Schweidnitzer Arbeiter eine Volksversammlung ab, die einen äußerst zahlreichen Besuch aufwies. Es war eine prächtige, imposante Kundgebung, diese erste Veranstaltung der sozialdemokratischen Arbeiterschaft, ein Vertrauensvotum für die Sozialdemokratie, ein scharfer Protest gegen Dreiklassenmach und jüngerliche Ketzerei. Schon um 8 Uhr strömten ununterbrochen gewaltige Massen die Freiburgerstraße entlang dem Versammlungsort „Germantia“ zu, und um 1/2 Uhr war der Saal mit allen Nebenräumen bis auf den letzten Platz besetzt. Groß war die Zahl derjenigen, die keinen Platz mehr fanden und deshalb wieder umkehrten. Die Zahl der Versammelten wird auf 800 Personen und darüber geschätzt; zahlreiche waren auch die Frauen vertreten. In groß angelegter, 1 1/2 stündiger Rede behandelte unser Reichstagskandidat, Genosse Redakteur Franz Feldmann aus Langenbielau, die einzelnen Etappen der politischen Entwicklung in Preußen-Deutschland. Verbitterte Enttäuschung und Zustimmungsbekundungen wurden laut, als der Redner die Wahlrechtsfrage erörterte und dabei die Rechtslosigkeit des Preußenvolkes gebührend kamplizierte. Nachdem noch Genosse Feldmann die parteipolitischen Verhältnisse in unserem Wahlkreise eingehend gewürdigt, schloß er seine Ausführungen mit dem Hinweis, daß im Wahlkreis Schweidnitz-Striegau nur Blauschwarz oder rot im Betracht kommen könne; ein Liberaler oder Mittelständler bringe nicht die gewünschte Veränderung. Wer die Reaktion ernstlich bekämpfen will, der darf sich auch nicht scheuen, am Tage der Wahl einen roten Stimmgelb abzugeben. Thüringischer, langanhaltender Beifall durchbrauste den Versammlungssaal, als Feldmann geendet.

In der nun beginnenden Diskussion meldete sich als ein Anhänger der Reichstagspartei Herr Rentier Renner zum Wort. Er glaubte, den liberalen Kandidaten Heißig gegen die Feldmannsche Anarisse in Schutz nehmen zu müssen, obwohl hierzu gar keine Veranlassung vorlag. Mit dem Finger von Nichtbolen hatte allerdings unser Redner gründliche Abrechnung gehalten der Name oder die Person Heißigs wurde überhaupt nicht erwähnt. Tadeln wurden die Sünden der Liberalen Parteien bei der letzten Finanzreform und ihre zielewägige Haltung vom Genossen Feldmann schonungslos festgelegt. Bezüglich der Wahlrechtsfrage vertrat der liberale Redner den Standpunkt des pluralen Wahlrechts und er gab der Hoffnung Ausdruck, daß auch die Sozialdemokratie etwas nachgeben werde, einer Hoffnung, die Feldmann in seiner Erwiderung gründlich zerstückte. Nachdem noch mehrere Genossen zu energischer Wahlarbeit aufgefordert hatten, gelangte die bekannte Wahlrechts-Resolution zur Verlesung und Abstimmung, die mit allen gegen eine Stimme angenommen wurde. Hierauf schloß der Vorsitzende mit einem begeisterten ausgenommenen Hoch auf die Sozialdemokratie die außerordentlich verlaufene Versammlung.

Wienitz, 11. Juli. Mit der Wahlrechtskommission am Schluß des Landtages und dem Warkforum mit welche sich eine am Dienstag Abend im Garten des Gewerkschaftshauses tagende Volksversammlung, an welcher wohl über 1000 Personen teilnahmen. Genosse Schütz-Breslau gab in seiner 1 1/2 stündigen Ausführungen zunächst einen Ueberblick über die Verhebungen der Sozialdemokratie, den Junterhalt Preußen in die Reihe der Kulturstaaten einzugliedern, auf das endlich auch seine Einwohner zu einem freihändlerischen Wahlrecht gelangen. Alsdann beleuchtete er das „Mittelwies“ der rückgratlosen preussischen Regierung und der einen Parteien an einer solchen „Reform“ des Wahlrechts, und besonders die Armee in der letzten Sitzung des Landtages. Um da etwas nachzubessern, mußten alle Kräfte auf die kommenden Reichstagswahlen gerichtet werden, für die in der Marokko-Affäre die Regierung eine zugkräftige Parole sich schaffen müßte. Genosse Schütz entwarf alsdann noch in postender Weise ein Bild davon, wie in Marokko in geradezu unverantwortlicher Weise mit dem Kriegesunser gehandelt werde, nur im Interesse einiger Kapitalistischer Aktionärsbeute. — Nach Beendigung der überörtlich beifällig aufgenommenen Darlegungen des Genossen Schütz gelangte eine Resolution zur einstimmigen Annahme. — Einige Mitglieder für den Wahlverein und eine Anzahl „Vollsmacht“-Abemementen warden die augenblickliche Ernte. Auf Anregung aus der Versammlung erfolgte durch eine am Ausgang vorgenommene Teilverammlung unsere Kriegesaffe eine ansehnliche Stärkung.

Neueste Nachrichten.

Aus Mogador und Agadir.

Paris, 14. Juli. Der Spezialkorrespondent des „Matin“ berichtet aus Mogador: Der dortige französische Konsul habe ihm mitgeteilt, daß der Hafen von Mogador vollständig ruiniert werde, wenn der Hafen von Agadir dem Verkehr eröffnet werden sollte. Der Bascha von Mogador erklärte, die Stämme von Mogador nehmen zur Zeit noch eine ruhige und abwartende Haltung ein, da sie auch jetzt noch der festen Ueberzeugung seien, die Unwesenheit des deutschen Kreuzers „Berlin“ werde im Hafen von Agadir nur noch von kurzer Dauer sein. Trotzdem nimmt aber die Nervosität unter den Stämmen von Mogador ständig zu. Die Umgehung von Mogador befindet sich ebenfalls in lebhafter Beunruhigung, weil der Raib Curimir, der einen ungewöhnlich großen Einfluß besitzt, in seinen Interessen ernstlich benachteiligt worden ist. Er ist im Süden einsetzenden und vom Sultan mit außerordentlichen Machtbefugnissen beauftragt worden. Raib Curimir hat seinen Bruder beauftragt, mit Auflous und Guellus bezüglich des Widerstandes gegen die Mitugui sich ins Einvernehmen zu setzen.

Verchwörung gegen die Jungtürken.

Sofia, 14. Juli. Nach hier eingelaufenen Meldungen wurde gestern in Adrianopel eine große Verchwörung, die sich gegen die jungtürkische Regierung richtete, und die ihre Verwickelung für zu nahe möchte, entdeckt. Die Verchwörung soll über die ganze rumelische Provinz verbreitet sein. In Adrianopel fanden aus diesem Anlaß zahlreiche Verhaftungen statt. Die ganze Stadt befindet sich in großer Aufregung. Mit großer Vorsicht halten die Offiziere, unter denen sich, wie es heißt, auch zahlreiche Offiziere befinden sollen, alles vorbereitet, bis schließlich ihr ganzes Werk durch Verrätertum der türkischen Regierung bekannt wurde. Die Aufdeckung dieses weitverbreiteten Komplotes ruft gerade deshalb um so mehr Aufsehen hervor, weil der Hauptort der Verchwörung Adrianopel ist und Adrianopel immer als ein Hauptstützpunkt der türkischen Macht auf dem Balkan galt.

Briefkasten

C. Siegnis. 1. Ohne Einwilligung des Vormunds und des Gerichts ist in der Sache nichts zu machen. Der Vater muß die Alimente weiter zahlen. 2. Ja, wenden Sie sich an einen Rechtsanwält.

B. Laurahütte. Diese Bücher enthalten phantastische Naturbeschreibungen, die einen besondern wissenschaftlichen Wert nicht haben.

Merkur. 1. Schreiben Sie an den Genossen Zahn in Breslau 1, Ritterplatz 5. 2. Es kommt auf den Grad der Invalidität an. Wenn die Invalidität bedeutend ist, kann der Mann nicht zu Leistungen der Pflichterfüllung gezwungen werden. 3. Die Beiträge der Ehefrau werden an den erworbensfähigen Mann nicht zurückgezahlt. Der Amtsvorsteher ist also im Recht. 4. Ein Freireligiöser kann Zeuge auf dem Standesamt sein, in der Kirche nicht.

Versteckungen der städtischen Markt-Notierungskommission. Breslau, den 13. Juli.

Ware	gute		mittlere		geringe	
	55 Sch.	niedr.	55 Sch.	niedr.	55 Sch.	niedr.
Wetter, weicher	21 50	20 40	20 20	19 40	19 20	18 50
Wetter, weicher	21 20	20 20	20 20	19 30	19 20	18 20
Wetter, weicher	16 40	16 20	15 80	14 50	14 40	13 90
Wetter, weicher	16 50	14 80	14 20	13 50	13 40	13 10
Wetter, weicher	17 50	16 20	15 70	16 20	16 10	15 60
Wetter, weicher	22 20	22 20	21 20	20 20	19 20	18 20
Wetter, weicher	19 50	19 20	18 80	18 60	18 40	18 20

Gen. altst. per 100 Kgr. 6.40—6.80 Mk., neues 5.60—6.00 Mk.
Sonnst. per 100 Kgr. 4.20—4.60 Mk., neues 3.80—4.20 Mk.
Brot-Strich 100 Kgr. 2.70—3.10 Mk.

Breslauer Viehmarkt. Vieh ruhig, per 100 Kgr. inf. Ead brutto, Weizenmehl 29.50—30.00 Mk., Roggenmehl 29.00 Mk., Weizenmehl 29.75 bis 30.25 Mk., Hafer 24.00—24.50 Mk., Gerste 24.25—24.75 Mk., Hafer 24.25 bis 24.75 Mk., Weizenmehl 29.75 bis 30.25 Mk., Weizenmehl 29.75 bis 30.25 Mk.

Wasserstands-Nachrichten der Oder.

Ort	14. 7.	15. 7.	16. 7.	17. 7.	18. 7.	19. 7.	20. 7.	21. 7.	22. 7.	23. 7.	24. 7.	25. 7.	26. 7.	27. 7.	28. 7.	29. 7.	30. 7.	31. 7.
Wittich	11.65	10.88	12.12	10.42	12.48	10.74	12.88	11.68	11.58	11.90	0.14	1.88	1.25					

*) Anlaufungshöhe: Köstlich 3.50; für Treppen (Obere) Obere Höhe 3.25

Verfassungen und Vereine.

Gewerkschaftshaus.

Freitag, den 14. Juli:
Zigaretten-Zorierer. Versammlung im Zimmer 2.
Sonnabend, den 15. Juli:
Wohlfühlklub. Versammlung im Zimmer 2.
Sonntag, den 16. Juli:
Freikonzert im Garten. Bei ungenügendem Wetter im Saale. Anschließend gemütliches Tanzkonzert.
Spillere. Versammlung im Billardzimmer. Vormittags 10 Uhr.
Glaserarbeiter-Verband. Versammlung im Zimmer 1. Vormittags 10 Uhr.
Schiffzimmerer. Versammlung im Zimmer 2. Nachmittags 4 Uhr.
Töpferer-Gildearbeiter. Versammlung im Zimmer 3. Vormittags 10 Uhr.
Schreiner. General-Versammlung im Zimmer 5. Nachmittags 1 Uhr.

Montag, den 17. Juli:

Formen- und Sickerarbeiter. Versammlung im großen Saale.
Konsumverein „Vorwärts“. Funktionär-Sitzung im Zimmer 2.
Bibliothek des Sozialdemokratischen Vereins. Bücherausgabe von 6 1/2—9 Uhr im Zimmer 7.
Dienstag, den 18. Juli:
Metallarbeiter-Verband. Mitgliederversammlung im großen Saale.
Dachdecker-Verband. Versammlung im Zimmer 3.
Mittwoch, den 19. Juli:
Holzarbeiter-Verband. Versammlung im großen Saale.
Schmiede-Verband. Versammlung im Billardzimmer.
Arbeiter-Radfahrer. Versammlung im Zimmer 1.
Handlungsgehilfen. Versammlung im Zimmer 3.

Donnerstag, den 20. Juli:

Malerverband. Versammlung im großen Saale.
Töpferverband. Versammlung im Zimmer 2.
Bibliothek des Sozialdemokratischen Vereins. Bücherausgabe von 6 1/2—9 Uhr im Zimmer 7.
Freitag, den 21. Juli:
Konsumverein „Vorwärts“. Generalversammlung im großen Saale.
Stenographen. Übungsabend im Zimmer 3.
Arbeiter-Stenographen (System Wendt). Übungsabend im Zimmer 5.

Sozialdemokratischer Verein Breslau.

Volksmacht-Agitation.

Sonntag, den 16. Juli findet von dem Lokal Volksmacht-Strasse 70 aus eine Agitation für die „Volksmacht“ statt. Wir laden hierzu ganz besonders die Mitglieder der Distrikte 16a und 17 ein; selbstverständlich aber werden auch alle anderen Genossen um regste Teilnahme ersucht.
Distrikt 1 (Gabit). Unter Ausfluga nach Opperau ist nicht am 16. Juli, sondern Sonntag, den 23. Juli.
Distrikt 3a (Gräbener Vorstadt nördlich). Sonntag, den 16. Juli: Ausflug nach dem Lokale von Newitzki in Opperau. Abmarsch mittags 1 Uhr vom Friedrichsplatz. Bei Regenwetter wird der Ausflug 14 Tage später unternommen.

Distrikt 9 (Obertor).

Der geplante Familienausflug nach Machnis ist umständehalber nicht am 16., sondern am 23. Juli. Nähere Auskunft darüber erteilt Genosse Reichelt, Matthiassstraße 146. Wir bitten die beteiligten Personen dies zu beachten. Das Komitee.

Distrikt 15 (Ohlauer Tor).

Sonntag, den 16. Juli, morgens 8 Uhr, vom Gewerkschaftshaus aus Volksmacht-Agitation. Alle Mitglieder sollen pünktlich erscheinen. Die Mitglieder der Distrikte 14 und 15a sind ebenfalls willkommen.

Distrikt 15a (Ohlauer Tor).

Donnerstag, den 20. Juli, abends 6 1/2 Uhr, vom Distriktslokal Sperling, Taschenstraße 18 aus Flugblattverteilung und Sonntag, den 23. Juli, Volksmacht-Agitation. Die Mitglieder werden dringend ersucht, pünktlich und vollständig zu erscheinen. Die Mitglieder der Nachbar-Distrikte, besonders der Distrikte 14 und 15 sind ebenfalls eingeladen.

Distrikt 18 (Innere Stadt, Ostl.).

Sonntag, den 16. Juli, von morgens 7 1/2 Uhr an Agitation für die „Volksmacht“, von demselben Lokal aus. Vollständiges und pünktliches Erscheinen aller Genossen und Genossen ist notwendig.

Sozialdemokratischer Verein Breslau (Land)-Neumarkt.

Sandbirkstr. 2 (Bezirk Schmiedisch). Sonntag, den 16. Juli, vormittags 10 Uhr in der Waldhölle hinter Scheinweg außerordentliche Mitgliederversammlung. Um zahlreiches Erscheinen ersucht. Der Distriktsführer.

Sandbirkstr. 4 (Kosenthal). Sonntag, den 16. Juli, vormittags 10 1/2 Uhr bei Herrn Ubrig wichtige Besprechung und Wahl eines Bezirksführers. Jeder Genosse soll erscheinen. Der Distriktsführer.

Sandbirkstr. 20 (Schwitz). Sonnabend, den 15. Juli, abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung im Lokale des Herrn Ubrig in Schwitz. Vortrag des Genossen Scholich. Vereinsausgaben und Bericht des Distriktsführers.

Der sterbende Reichstag und das verweigerte Wahlrecht!

Ueber dieses Thema spricht in einer

Massenversammlung am Sonntag,

den 16. Juli, vormittags 11 Uhr,

im Garten der „Stadt Ofen“, Ofenerstraße 52/54 (früher Ohlauer Chaussee),

Reichstagsabgeordneter Fritz Kunert-Berlin.

Parteigenossen und Genossinnen, seid alle zur Stelle! — Sorgt für Massenbesuch!

Bei Regenwetter findet die Versammlung im Saale des Gewerkschaftshauses statt.

Worauf das Zentrum stolz ist.

Die Witwen- und Waisenversorgung.

In der Zentrumsprelle des Industriezirks beginnt eine Artikelreihe zu erscheinen, die einer Verherrlichung der Zentrumsstat mit der Witwen- und Waisenversorgung dienen soll.

Table with columns for 'eine Waise' and 'zwei Waisen' across various income levels from 0 to 2000 Pf.

Bei Wechsel aus einer Lohnklasse in die andere können sich die Zahlen unter sich noch etwas verschieben, die niedrigste und die höchste Rente bleiben jedoch gleich.

Und das soll nun eine sozialpolitische Großtat sein! Um diese Bettelpfennige wird ein großartiger Verwaltungsapparat eingerichtet, der Millionen verschlingen wird.

Auch die Witwenrente wird in dem Zentrumsartikel berechnet. Sie wird demnach betragen im Jahre 1912, wenn der verstorbene Ehemann 200 Beitragswochen bezahlt hat.

Wahrlich, keine sozialdemokratische Kritik kann diese Sozialpolitik des Zentrums schärfer kennzeichnen als die eigenen Zuständignisse des zitierten Artikels der Zentrumsprelle.

Parteiangelegenheiten.

Euphim Levidi.

Am 4. dieses Monats starb in Heidelberg an einem Herzleiden der Genosse E. Levidi, der seit Jahrzehnten in den ersten Reihen der revolutionären Bewegung in Russland gestanden hat.

Seine revolutionäre Laufbahn als Mitglied der Partei „Vorodnaa Wolja“, die in den siebziger und achtziger Jahren ihren beherrschenden Ansehenspunkt gegen den Zarentum hatte.

Genosse Levidi teilte niemals die Illusionen betreffend das russische Völkertum und blieb in tiefer Beziehung den Traditionen der Vorodnaa Wolja treu.

Selbst in dieser Periode, wo sich die Folgen des leidens- und entbehrungsreichen Lebens deutlich bemerkbar machten, machte Genosse Levidi keineswegs den Eindruck eines Veteranen, der die wohlverdiente Ruhe aufsucht.

Der Sozialdemokratische Kreisverein Mülhausen i. G. zählt nach dem Berichte, der in der Generalversammlung vom letzten Sonntag erstattet wurde, jetzt 1322 Mitglieder.

Zum Reichstagskandidaten für den elsass-lothringischen Wahlkreis Saargemünd-Forbach stellte eine sozialdemokratische Wahlkreisversammlung letzten Sonntag den Parteisekretär Charles Queber in Straßburg auf.

Arbeiterbewegung.

Die Streikbewegung in Russland.

Schon in den drei Sommermonaten des vorigen Jahres erreichte die Streikwelle in Russland einen solchen Umfang, wie nie in dem ganzen vorhergehenden Jahre.

Kamenisch für die ersten ist der Aufschwung der Arbeiterbewegung recht unerwartet gekommen.

erklärten die Unternehmer triumphierend, „der Widerstand der Arbeiter sei in den grundlegenden Fragen der Lohnerhöhung und Arbeitszeitreduktion vollständig gebrochen“.

Die Streikbewegung zu Anfang dieses Jahres trug vorwiegend noch einen milden Charakter und stammte in verschiedenen Punkten des Reiches und in den mannigfaltigsten Industriezweigen auf.

Wahr als die Hälfte der geschickerten Streiks trugen einen Abwechselcharakter. Das Kapital sucht noch immer die Arbeitsbedingungen zu verschlechtern und den Arbeitern nicht bloß ihre früheren Ertragschancen, sondern noch so viel wie möglich zu entziehen.

Das zeigt — wie das Petersburger sozialdemokratische Blatt „Swesda“ sehr richtig bemerkt, — daß noch nicht alle Industriezweige in eine Periode der Prosperität eingetreten sind.

Die hier geschickerte Streikbewegung hielt auch in den nachfolgenden Monaten an. Nach einer Zusammenstellung der Zeitschrift „Delo“ zählte man im Mai und Juni folgende Streiks statt: Moskau — eine Reihe partieller Streiks, die zum Teil mit einem Siege endeten; Strik in den Fabriken von Wambel u. Reib und bei der Moskauer Metallindustrie.

Zu den geschickerten Streiks kommt noch der Kampf der Arbeiter gegen die Ausperrungen hinzu, die von den beteiligten Unternehmern zur Terrorisierung der Arbeiter inszeniert werden.

Lohnbewegung in den niederschlesischen Südttenwerken. Von Gewerkschaften wird in den niederschlesischen Südttenwerken eine Lohnbewegung eingeleitet.

Die Metallarbeiter in Thüringen ausgeperrt. Da die Streiks in verschiedenen metallindustriellen Betrieben in Erfurt nicht beigelegt werden konnten, hat der Verband thüringischer Metallindustrieller beschloffen, am 29. Juli sämtliche organisierten Arbeiter der ihm angehörenden metallindustriellen Betriebe auszusperrern.

